

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen

A. Zielsetzung

Mitwirkung an einer von allen Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen aus dem Jahre 1989, namentlich denjenigen, die zugleich Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, getragenen Initiative, das Übereinkommen weitestgehend an die im Jahre 1997 geänderte EG-Fernsehrichtlinie anzupassen und dadurch für einen weit über die Grenzen der EU hinausragenden einheitlichen Rechtsrahmen für das grenzüberschreitende Fernsehen in Europa beizutragen.

B. Lösung

Die Bundesrepublik Deutschland tritt dem Änderungsprotokoll bei und ermöglicht damit eine weitgehende Anpassung des Übereinkommens an das Gemeinschaftsrecht.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Das Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen begründet keine neuen finanziellen Verpflichtungen des Bundes oder der Länder.

2. Vollzugsaufwand

Bei der Durchführung des Abkommens entstehen durch die erweiterte Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses und durch die Einführung eines grenzüberschreitenden Schutzmechanismus für die Übertragung von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung im frei zugänglichen Fernsehen in geringem Umfang administrative Kosten für den Bund und für die Länder.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft: Keine

Merkliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Für kleine und mittlere Unternehmen ist das Abkommen kostenneutral.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (324) – 960 00 – Gr 12/99

Berlin, den 11. Februar 2000

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik
11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien.

Der Bundesrat hat in seiner 747. Sitzung am 4. Februar 2000 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Protokoll vom 9. September 1998
zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989
über das grenzüberschreitende Fernsehen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 9. September 1998 vom Ministerkomitee des Europarates zur Annahme aufgelegten Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen vom 5. Mai 1989 (BGBl. 1994 II S. 638) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Änderungsprotokoll nach seinem Artikel 35 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, weil es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Protokoll in seinen Artikeln 10 und 30 das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem dieses Abkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Änderungsprotokoll führt in den nächsten Jahren zu folgenden Belastungen:

1. Für die regelmäßigen Tagungen des gemeinsamen Organs (das ist der Ständige Ausschuss nach Artikel 20 des Übereinkommens) fallen Verwaltungskosten an. Das sind insbesondere Personal-, Reise- und Aufenthaltskosten sowie Post- und Fernmeldegebühren und Kosten für das Dolmetschen in Sitzungen und für die Übersetzung und Vervielfältigung der Dokumente. Jede Vertragspartei trägt ihre Kosten.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Mitarbeit in diesem Gremium resultieren die Verpflichtungen bereits aus dem ursprünglichen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen. Sehr geringfügige Mehrausgaben können sich allenfalls aus der Zuständigkeitserweiterung des Ständigen Ausschusses mit Blick auf den Schutz von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung (namentlich durch Kosten von Verkündungen in Amtsblättern) und auf das Vermittlungsverfahren bei behaupteten Rechtsmissbräuchen ergeben. Eine Schätzung dieser Ausgaben ist vor Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens nicht möglich.

2. Da das Änderungsprotokoll lediglich für den Anwendungsbereich des Fernsehübereinkommens die Rechtsänderungen nachvollzieht, die die Änderung der EG-Fernsehrichtlinie für den Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts bewirkt hat, sind merkliche Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Zusätzliche Kosten für mittelständische deutsche Unternehmen entstehen nicht.

Die Schaffung eines einheitlichen medienrechtlichen Rechtsrahmens in einem Raum, der weit über den Anwendungsbereich der weitestgehend inhaltsgleichen EG-Fernsehrichtlinie hinausreicht, lässt auf lange Sicht eher Vorteile auch für mittelständische Unternehmen aus der Medienbranche erwarten.

3. Das Änderungsprotokoll selbst begründet keine finanziellen Verpflichtungen.

Protokoll
zur Änderung des Europäischen Übereinkommens
über das grenzüberschreitende Fernsehen

Protocol
amending the European Convention
on Transfrontier Television

Protocole
amendant la Convention européenne
sur la Télévision Transfrontière

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe and the other Parties to the European Convention on Transfrontier Television, opened for signature in Strasbourg on 5 May 1989 (hereinafter referred to as "the Convention"),

Welcoming the fact that the enlargement of the membership of the Council of Europe since 1989 has led to the development and implementation at the pan-European level of the legal framework provided for under the Convention;

Considering the major technological and economic developments in the field of television broadcasting as well as the appearance of new communications services in Europe since the adoption of the Convention in 1989;

Noting that these developments call for a revision of the provisions of the Convention;

Bearing in mind, in this regard, the adoption by the European Community of Directive 97/36/EC of the European Parliament and of the Council of 19 June 1997 amending Council Directive 89/552/EEC on the coordination of certain provisions laid down by law, regulation or administrative action in member States concerning the pursuit of television broadcasting activities;

Considering the urgent need to amend certain provisions of the Convention in order to develop a coherent approach to transfrontier television between this instrument and the directive, as underlined in the Declaration on Media in a Democratic Society adopted by the Ministers of the States participating in the 4th European Ministerial Conference on Mass Media Policy (Prague, 7–8 December 1994) and in the political Declaration of the 5th European Ministerial

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres Parties à la Convention européenne sur la télévision transfrontière, ouverte à la signature à Strasbourg le 5 mai 1989 (ci-après dénommée «la Convention»),

Se félicitant du fait que l'élargissement de la composition du Conseil de l'Europe depuis 1989 a conduit au développement et à la mise en oeuvre au niveau paneuropéen du cadre juridique établi par la Convention;

Considérant les développements techniques et économiques importants intervenus dans le domaine de la radiodiffusion télévisée ainsi que l'apparition de nouveaux services de communication en Europe depuis l'adoption de la Convention en 1989;

Notant que ces développements nécessitent de revoir les dispositions de la Convention;

Ayant à l'esprit dans ce contexte l'adoption, au sein de la Communauté européenne, de la Directive 97/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 19 juin 1997 modifiant la Directive 89/552/CEE du Conseil visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle;

Considérant qu'il est nécessaire et urgent d'amender certaines dispositions de la Convention, afin de créer une approche cohérente de la télévision transfrontière entre cet instrument et la Directive, ainsi que cela a été souligné dans la Déclaration sur les médias dans une société démocratique adoptée par les ministres des Etats participant à la 4^e Conférence ministérielle européenne sur la politique des communications de masse (Prague,

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (im Folgenden „das Übereinkommen“ genannt), das am 5. Mai 1989 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegt wurde,

begrüßend, dass die Erweiterung des Europarats seit 1989 zur Entwicklung und Anwendung des vom Übereinkommen vorgegebenen rechtlichen Rahmens auf pan-europäischer Ebene geführt hat;

in Erwägung der im Bereich des Fernsehens realisierten tief greifenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie dem Entstehen neuer Kommunikationsdienste in Europa seit Annahme des Übereinkommens 1989;

im Bewusstsein, dass diese Entwicklungen eine Überprüfung der Bestimmungen dieses Übereinkommens erfordern;

eingedenk der Annahme der Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juni 1997 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität (im Folgenden „die Richtlinie“ genannt) in der Europäischen Gemeinschaft;

in der Erwägung, dass es notwendig und dringend ist, bestimmte Bestimmungen des Übereinkommens zu ändern, damit das grenzüberschreitende Fernsehen in dieser Urkunde und in der Richtlinie auf kohärente Weise behandelt wird, so wie es in der Erklärung über Medien in einer demokratischen Gesellschaft, die von den Ministern der an der 4. Europäischen Ministerkonferenz über die Massenkommunikationspolitik (Prag, 7. bis 8. Dezember

Conference (Thessaloniki, 11–12 December 1997);

Wishing to further develop the principles embodied in the Council of Europe Recommendations on the drawing up of strategies to combat smoking, alcohol and drug dependence in co-operation with opinion-makers and the media, on the right to short reporting on major events where exclusive rights for their television broadcast have been acquired in a transfrontier context and on the portrayal of violence in the electronic media which have been adopted within the framework of the Council of Europe since the Convention was adopted,

Have agreed as follows:

Article 1

The word “jurisdiction” in Article 8, paragraph 1 and in Article 16, paragraph 2 a in the French text, shall be replaced by the word “compétence”.

Article 2

The word “advertisements” in Article 15, paragraphs 3 and 4, in the English text, shall be replaced by the word “advertising”.

Article 3

The definition of “Broadcaster” in Article 2, paragraph c, shall be worded as follows:

“(c) ‘Broadcaster’ means the natural or legal person who has editorial responsibility for the composition of television programme services for reception by the general public and transmits them or has them transmitted, complete and unchanged, by a third party;”.

Article 4

The definition of “Advertisement” in Article 2, paragraph f, shall be worded as follows:

“(f) ‘Advertising’ means any public announcement in return for payment or similar consideration or for self-promotional purposes, which is intended to promote the sale, purchase or rental of a product or service, to advance a cause or idea, or to bring about some other effect desired by the advertiser or the broadcaster itself;”.

Article 5

A new paragraph g reading as follows shall be inserted in Article 2:

“(g) ‘Tele-shopping’ means direct offers broadcast to the public with a view to the supply of goods or services, including

7–8 décembre 1994) et dans la Déclaration politique de la 5^e Conférence ministérielle européenne (Thessalonique, 11–12 décembre 1997);

Désireux de développer les principes consacrés dans les Recommandations sur la mise au point de stratégies de lutte contre le tabagisme, l’abus d’alcool et la toxicomanie en coopération avec les faiseurs d’opinion et les médias, sur le droit aux extraits sur des événements majeurs faisant l’objet de droits d’exclusivité pour la radiodiffusion télévisée dans un contexte transfrontière et sur la représentation de la violence dans les médias électroniques, qui ont été adoptés au sein du Conseil de l’Europe depuis l’adoption de la Convention,

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Dans la version française, le mot «jurisdiction» dans l’article 8, paragraphe 1 et l’article 16, paragraphe 2 a, est remplacé par le mot «compétence».

Article 2

Dans la version anglaise, le mot «advertisements» dans l’article 15, paragraphes 3 et 4 est remplacé par le mot «advertising».

Article 3

La définition de «Radiodiffuseur» à l’article 2, paragraphe c, est libellée comme suit:

«c) «Radiodiffuseur» désigne la personne physique ou morale qui a la responsabilité éditoriale de la composition de services de programmes de télévision destinés à être reçus par le public en général et qui les transmet ou les fait transmettre par un tiers dans leur intégralité et sans aucune modification;».

Article 4

La définition de «Publicité» à l’article 2, paragraphe f, est libellée comme suit:

«f) «Publicité» désigne toute annonce publique diffusée moyennant rémunération ou toute contrepartie similaire ou dans un but d’autopromotion, en vue de stimuler la vente, l’achat ou la location d’un produit ou d’un service, de promouvoir une cause ou une idée, ou de produire quelque autre effet souhaité par l’annonceur ou par le radiodiffuseur lui-même;».

Article 5

Un nouveau paragraphe g, libellé comme suit, est inséré à l’article 2:

«g) «Télé-achat» désigne la diffusion d’offres directes au public en vue de la fourniture, moyennant paiement, de biens

1994) teilnehmenden Staaten angenommen wurde, und in der Politischen Erklärung der 5. Europäischen Ministerkonferenz (Thessaloniki, 11. bis 12. Dezember 1997) unterstrichen wurde;

im Bestreben zur Förderung der in den Empfehlungen, die vom Europarat seit der Annahme des Übereinkommens angenommen worden sind, festgelegten Grundsätze zur Ausarbeitung von Strategien für den Kampf gegen den Tabak-, Alkohol- und Drogenmissbrauch, gemeinsam mit den Meinungsmachern und den Medien, zum Recht auf Auszüge von wichtigen Ereignissen, bei denen Exklusivrechte für das Fernsehen in einem grenzüberschreitenden Zusammenhang bestehen, sowie zur Darstellung von Gewalt in den elektronischen Medien,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In der französischen Fassung wird der Begriff „jurisdiction“ in Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 2 a) durch den Begriff „compétence“ ersetzt.

Artikel 2

In der englischen Fassung wird der Begriff „advertisements“ in Artikel 15 Absätze 3 und 4 durch den Begriff „advertising“ ersetzt.

Artikel 3

Die Definition von „Rundfunkveranstalter“ in Artikel 2 Absatz c) wird wie folgt formuliert:

„(...) bedeutet: c) „Rundfunkveranstalter“ die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Zusammenstellung von Fernsehprogrammen trägt, welche für den Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind und sie verbreitet oder vollständig und unverändert durch einen Dritten verbreiten lässt;“.

Artikel 4

Die Definition von „Werbung“ in Artikel 2 Absatz f) wird wie folgt formuliert:

„(...) bedeutet: f) „Werbung“ jede öffentliche Äußerung zur Förderung des Verkaufs, des Kaufs oder der Miete oder Pacht eines Erzeugnisses oder einer Dienstleistung, zur Unterstützung einer Sache oder Idee oder zur Erzielung einer anderen vom Werbetreibenden oder vom Rundfunkveranstalter selbst gewünschten Wirkung, gegen Entgelt oder eine ähnliche Gegenleistung oder zur Eigenwerbung, gesendet wird;“.

Artikel 5

Ein neuer Absatz g), der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 2 eingefügt:

„(...) bedeutet: g) „Teleshopping“ Sendungen direkter Angebote an die Allgemeinheit für den Absatz von Waren oder die Erbrin-

immovable property, rights and obligations in return for payment;”.

Article 6

Article 2, paragraph g, shall be renumbered to Article 2, paragraph h.

Article 7

The following text shall replace Article 5:
“Article 5: Duties of the transmitting Parties

1. Each transmitting Party shall ensure that all programme services transmitted by a broadcaster within its jurisdiction comply with the terms of this Convention.

2. For the purposes of this Convention, a broadcaster within the jurisdiction of a Party is:

- a broadcaster who is deemed to be established in that Party according to paragraph 3;
- a broadcaster to whom paragraph 4 applies.

3. For the purposes of this Convention, a broadcaster shall be deemed to be established in a Party, hereinafter referred to as the ‘transmitting Party’ in the following cases:

- (a) the broadcaster has its head office in that Party and the decisions on programme schedules are taken in that Party;
- (b) if a broadcaster has its head office in one Party but decisions on programme schedules are taken in another Party, it shall be deemed to be established in the Party where a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates; if a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates in each of those Parties, the broadcaster shall be deemed to be established in the Party where it has its head office; if a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television broadcasting activity operates in neither of those Parties, the broadcaster shall be deemed to be established in the Party where it first began broadcasting in accordance with the system of law of that Party, provided that it maintains a stable and effective link with the economy of that Party;
- (c) if a broadcaster has its head office in a Party but decisions on programme schedules are taken in a State which is not Party to this Convention, or vice-versa, it shall be deemed to be established in the Party concerned, provided that a significant part of the workforce involved in the pursuit of the television

ou de services, y compris les biens immeubles, les droits et les obligations;».

Article 6

L’article 2, paragraphe g, est renuméroté comme article 2, paragraphe h.

Article 7

Le texte suivant remplace l’article 5:
«Article 5: Engagements des Parties de transmission

1. Chaque Partie de transmission veille à ce que tous les services de programmes transmis par un radiodiffuseur relevant de sa compétence soient conformes aux dispositions de la présente Convention.

2. Aux fins de la présente Convention, relèvent de la compétence d’une Partie le radiodiffuseur:

- qui est considéré comme étant établi dans cette Partie conformément au paragraphe 3;
- auquel s’applique le paragraphe 4.

3. Aux fins de la présente Convention, un radiodiffuseur est considéré comme étant établi dans la Partie de transmission dans les cas suivants:

- a) le radiodiffuseur a son siège social effectif dans cette Partie et les décisions relatives à la programmation sont prises dans cette Partie;
- b) lorsqu’un radiodiffuseur a son siège social effectif dans une Partie, mais que les décisions relatives à la programmation sont prises dans une autre Partie, il est réputé être établi dans la Partie où opère une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle; lorsqu’une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère dans chacune de ces Parties, le radiodiffuseur est considéré être établi dans la Partie où il a son siège social effectif; lorsqu’une partie importante des effectifs employés aux activités de radiodiffusion télévisuelle n’opère dans aucune de ces Parties, le radiodiffuseur est réputé être considéré dans la première Partie où il a commencé à émettre conformément au droit de cette Partie, à condition qu’il maintienne un lien économique stable et réel avec cette Partie;
- c) lorsqu’un radiodiffuseur a son siège social effectif dans une Partie, mais que les décisions en matière de programmation sont prises dans un Etat qui n’est pas Partie à la présente Convention, ou vice-versa, il est considéré être établi dans la Partie en question si une partie importante des effectifs em-

gung von Dienstleistungen, einschließlich unbeweglicher Sachen, Rechte und Verpflichtungen, gegen Entgelt;“.

Artikel 6

Artikel 2 Absatz g) wird neu als Artikel 2 Absatz h nummeriert.

Artikel 7

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 5:
„Artikel 5: Pflichten der sendenden Vertragsparteien

(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt dafür, dass alle Programme, die durch Rundfunkveranstalter unter ihrer Rechts-hoheit verbreitet werden, den Bestimmungen dieses Übereinkommens entsprechen.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens unterliegt ein Rundfunkveranstalter der Rechts-hoheit einer Vertragspartei,

- wenn er in Übereinstimmung mit Absatz 3 in dieser Vertragspartei als niedergelassen gilt;
- wenn Absatz 4 auf ihn Anwendung findet.

(3) Im Sinne dieses Übereinkommens gilt ein Rundfunkveranstalter in den folgenden Fällen in der sendenden Vertragspartei als niedergelassen:

- a) wenn der Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in dieser Vertragspartei hat und die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung in dieser Vertragspartei getroffen werden;
- b) wenn ein Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in einer Vertragspartei hat, die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung jedoch in einer anderen Vertragspartei getroffen werden, so gilt er in der Vertragspartei als niedergelassen, in der ein wesentlicher Teil der im Fern-sehbereich Beschäftigten tätig ist; wenn ein wesentlicher Teil der im Fern-sehbereich Beschäftigten in beiden Vertragsparteien tätig ist, gilt der Rundfunkveranstalter in der Vertragspartei als niedergelassen, in der er seinen tatsächlichen Sitz hat; wenn ein wesentlicher Teil der im Fern-sehbereich Beschäftigten in keiner der beiden Vertragsparteien tätig ist, gilt der Rundfunkveranstalter in der Vertragspartei als niedergelassen, in der er zuerst mit der Sendetätigkeit gemäß der Rechtsordnung dieser Vertragspartei begonnen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft dieser Vertragspartei weiterbesteht;
- c) wenn ein Rundfunkveranstalter seinen tatsächlichen Sitz in einer Vertragspartei hat, die Entscheidungen bezüglich der Programmgestaltung jedoch in einem Staat getroffen werden, der keine Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, oder wenn der umgekehrte Fall vorliegt, gilt er in der betref-

broadcasting activity operates in that Party;

d) if, when applying the criteria of paragraph 3 of Article 2 of Directive 97/36/EC of the European Parliament and of the Council of 19 June 1997 amending Council Directive 89/552/EEC on the co-ordination of certain provisions laid down by law, regulation or administrative action in member States concerning the pursuit of television broadcasting activities, a broadcaster is deemed to be established in a member State of the European Community, that broadcaster shall also be deemed to be established in that State for the purposes of this Convention.

4. A broadcaster to whom the provisions of paragraph 3 is not applicable is deemed to be within the jurisdiction of a Party, so-called transmitting Party, in the following cases:

- a) it uses a frequency granted by that Party;
- b) although it does not use a frequency granted by a Party it does use a satellite capacity appertaining to that Party;
- c) although it uses neither a frequency granted by a Party nor a satellite capacity appertaining to a Party it does use a satellite up-link situated in that Party.

5. If the transmitting Party cannot be determined according to paragraph 4, the Standing Committee shall consider this issue according to Article 21, indent a, of this Convention, in order to determine this Party.

6. This Convention shall not apply to television broadcasts intended exclusively for reception in States which are not Parties to this Convention, and which are not received directly or indirectly by the public in one or more Parties."

Article 8

Article 8 shall have the following wording:

"Article 8: Right of reply

1. Each transmitting Party shall ensure that every natural or legal person, regardless of nationality or place of residence, shall have the opportunity to exercise a right of reply or to seek other comparable legal or administrative remedies relating to programmes transmitted by a broadcaster within its jurisdiction, within the meaning of Article 5. In particular, it shall ensure that timing and other arrangements for the exercise of the right of reply are such that this right can be effectively exercised. The effective exercise of this right or other com-

ployés aux activités de radiodiffusion télévisuelle opère dans cette Partie;

d) si un radiodiffuseur est considéré comme étant établi dans un Etat membre de la Communauté européenne en application des critères du paragraphe 3 de l'article 2 de la Directive 97/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 19 juin 1997 modifiant la Directive 89/552/CEE du Conseil visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle, ce radiodiffuseur sera également considéré comme étant établi dans cet Etat aux fins de la présente Convention.

4. Un radiodiffuseur auquel ne s'applique pas le paragraphe 3 est réputé relever de la compétence de la Partie de transmission dans les cas suivants:

- a) s'il utilise une fréquence accordée par cette Partie;
- b) si, n'utilisant pas une fréquence accordée par une Partie, il utilise une capacité satellitaire relevant de cette Partie;
- c) si, n'utilisant ni une fréquence accordée par une Partie ni une capacité satellitaire relevant d'une Partie, il utilise une liaison montante vers un satellite, située dans cette Partie.

5. Dans le cas où le paragraphe 4 ne permettrait pas de désigner la Partie de transmission, le Comité permanent examine la question conformément à l'article 21, paragraphe 1, alinéa a, de la présente Convention, en vue de désigner cette Partie.

6. La présente Convention ne s'applique pas aux émissions télévisées exclusivement destinées à être captées dans les Etats qui ne sont pas Parties à la présente Convention et qui ne sont pas reçues directement ou indirectement par le public d'une ou de plusieurs Parties.»

Article 8

L'article 8 est libellé comme suit:

«Article 8: Droit de réponse

1. Chaque Partie de transmission s'assure que toute personne physique ou morale, quelle que soit sa nationalité ou son lieu de résidence, puisse exercer un droit de réponse ou avoir accès à un autre recours juridique ou administratif comparable à l'égard des émissions transmises par un radiodiffuseur relevant de sa compétence, au sens de l'article 5. Elle veille notamment à ce que le délai et les autres modalités prévues pour l'exercice du droit de réponse soient suffisants pour permettre l'exercice effectif de ce droit.

fenden Vertragspartei als niedergelassen, sofern ein wesentlicher Teil der im Fernsbereich Beschäftigten in dieser Vertragspartei tätig ist;

d) wenn – unter Anwendung der Tatbestandsmerkmale von Artikel 2 Absatz 3 der Richtlinie 97/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juni 1997 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordination bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernseh-tätigkeit – ein Rundfunkveranstalter in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft als niedergelassen gilt, so gilt dieser Rundfunkveranstalter auch im Sinne dieses Übereinkommens in diesem Staat als niedergelassen.

(4) In den folgenden Fällen gilt ein Rundfunkveranstalter, auf den Absatz 3 nicht Anwendung findet, als der Rechtshoheit einer Vertragspartei – gleich einer sendenden Vertragspartei – unterworfen, wenn

- a) er eine von dieser Vertragspartei zuge-teilte Frequenz nutzt;
- b) er zwar keine von dieser Vertragspartei zugeteilte Frequenz, aber eine Satellitenkapazität dieser Vertragspartei nutzt;
- c) er zwar weder eine von dieser Vertragspartei zugeteilte Frequenz noch eine Satellitenkapazität dieser Vertragspartei, aber eine Aufwärtsverbindung zu einem Satelliten nutzt, die sich in der betreffenden Vertragspartei befindet.

(5) Wenn die sendende Vertragspartei anhand von Absatz 4 nicht bestimmt werden kann, prüft der Ständige Ausschuss die Frage gemäß Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a dieses Übereinkommens zum Zwecke der Bestimmung dieser Vertragspartei.

(6) Dieses Übereinkommen betrifft nicht Fernsehsendungen, die ausschließlich für den Empfang in Staaten bestimmt sind, die nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens sind, und die weder direkt noch indirekt von der Allgemeinheit in einer oder mehreren Vertragsparteien empfangen werden können.“

Artikel 8

Artikel 8 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 8: Recht auf Gegendarstellung

(1) Jede sendende Vertragspartei stellt sicher, dass jede natürliche oder juristische Person ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnorts beziehungsweise Sitzes die Möglichkeit hat, im Hinblick auf Sendungen, die durch einen ihrer Rechtshoheit im Sinne des Artikels 5 unterliegenden Rundfunkveranstalter verbreitet werden, ein Recht auf Gegendarstellung auszuüben oder andere vergleichbare gerichtliche oder verwaltungsrechtliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Sie sorgt insbesondere dafür, dass die für die Ausübung des

parable legal or administrative remedies shall be ensured both as regards the timing and the modalities.

L'exercice effectif de ce droit ou d'autres recours juridiques ou administratifs comparables doit être assuré tant du point de vue des délais que pour ce qui est des modalités d'application.

Rechts auf Gegendarstellung vorgesehener Fristen und sonstigen Modalitäten so gestaltet sind, dass dieses Recht wirksam ausgeübt werden kann. Die wirksame Inanspruchnahme dieses Rechts oder anderer vergleichbarer gerichtlicher oder verwaltungsrechtlicher Mittel wird sowohl hinsichtlich der Fristen als auch hinsichtlich der Anwendungsmodalitäten gewährleistet.

2. For this purpose, the name of the programme service or of the broadcaster responsible for this programme service shall be identified in the programme service itself, at regular intervals by appropriate means."

2. A cet effet, le nom du service de programmes ou celui du radiodiffuseur responsable de ce service de programmes est identifié dans le service de programmes même, à intervalles réguliers par toutes indications appropriées."

(2) Zu diesem Zweck wird der Name des Programms oder der Name des Rundfunkveranstalters, der für das Programm verantwortlich ist, darin in regelmäßigen Abständen in geeigneter Weise angegeben."

Article 9

The following text shall replace Article 9:

"Article 9: Access of the public to information

Each Party shall examine and, where necessary, take legal measures such as introducing the right to short reporting on events of high interest for the public to avoid the right of the public to information being undermined due to the exercise by a broadcaster within its jurisdiction of exclusive rights for the transmission or retransmission, within the meaning of Article 3, of such an event."

Article 9

Le texte suivant remplace l'article 9:

«Article 9: Accès du public à l'information

Chaque Partie examine et, si nécessaire, prend des mesures juridiques telles que l'introduction du droit aux extraits sur des événements d'un grand intérêt pour le public, afin d'éviter que le droit du public à l'information ne soit remis en cause du fait de l'exercice, par un radiodiffuseur relevant de sa compétence, de droits exclusifs pour la transmission ou la retransmission, au sens de l'article 3, d'un tel événement.»

Artikel 9

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 9:

„Artikel 9: Zugang der Allgemeinheit zu Informationen

Jede Vertragspartei prüft und ergreift gegebenenfalls die geeigneten rechtlichen Maßnahmen, wie die Einführung des Rechts auf Auszüge von Ereignissen von großem Interesse für die Allgemeinheit, mit denen vermieden werden soll, das Recht der Allgemeinheit auf Information dadurch in Frage zu stellen, dass ein ihrer Rechts hoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Exklusivrechte zur Verbreitung oder Weiterverbreitung im Sinne des Artikels 3 bei solchen Ereignissen ausübt.“

Article 10

A new Article 9^{bis}, worded as follows, shall be inserted:

"Article 9^{bis}: Access of the public to events of major importance

1. Each Party retains the right to take measures to ensure that a broadcaster within its jurisdiction does not broadcast on an exclusive basis events which are regarded by that Party as being of major importance for society in such a way as to deprive a substantial proportion of the public in that Party of the possibility of following such events by live coverage or deferred coverage on free television. If it does so, the Party concerned may have recourse to the drafting of a list of designated events which it considers to be of major importance for society.

2. Parties shall ensure by appropriate means, respecting the legal guarantees granted by the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms as well as, where appropriate, the national constitution, that a broadcaster within their jurisdiction does not exercise the exclusive rights purchased by that broadcaster following the date of entry into force of the Protocol amending the European Convention on Transfrontier Television in such a way that a substantial proportion of the public in another Party is deprived of the possibility of following events which are designated by that other

Article 10

Un nouvel article 9^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 9^{bis}: Accès du public à des événements d'importance majeure

1. Chaque Partie conserve le droit de prendre des mesures pour assurer qu'un radiodiffuseur relevant de sa compétence ne retransmet pas d'une manière exclusive des événements qu'elle juge d'une importance majeure pour la société d'une façon qui prive une partie substantielle du public de cette Partie de la possibilité de suivre ces événements en direct ou en différé sur une télévision à accès libre. Dans ce contexte, la Partie concernée peut avoir recours à l'établissement d'une liste des événements désignés qu'elle juge d'une importance majeure pour la société.

2. Les Parties s'assurent par les moyens appropriés, en respectant les garanties juridiques offertes par la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales et, le cas échéant, par la constitution nationale, qu'un radiodiffuseur relevant de leur compétence exerce les droits exclusifs qu'il a achetés après la date d'entrée en vigueur du Protocole d'amendement à la Convention européenne sur la télévision transfrontière de manière à ne pas priver une partie importante du public d'une autre Partie de la possibilité de suivre, intégralement ou partiellement en direct, ou si nécessaire ou

Artikel 10

Ein neuer Artikel 9a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 9a: Zugang der Allgemeinheit zu Ereignissen von erheblicher Bedeutung

(1) Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ein ihrer Rechts hoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Exklusivrechte zur Weiterverbreitung von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung nicht so ausübt, dass einem wesentlichen Teil der Allgemeinheit in dieser Vertragspartei die Möglichkeit genommen wird, diese Ereignisse direkt oder zeitversetzt im frei zugänglichen Fernsehen zu verfolgen. In diesem Zusammenhang kann die betreffende Vertragspartei von solchen Ereignissen, denen sie eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung beimisst, eine Liste erstellen.

(2) Die Vertragsparteien stellen mit angemessenen Mitteln und mit Rücksicht auf die von der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und, soweit gegebenenfalls, von der nationalen Verfassung gewährten Rechtsgarantien sicher, dass ein ihrer Rechts hoheit unterliegender Rundfunkveranstalter, die von ihm nach dem Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen erworbenen Exklusivrechte nicht in der Weise ausübt, dass einem bedeutenden Teil der Allgemeinheit in einer anderen Vertragspartei die Möglichkeit

Party, via whole or partial live coverage, or where necessary or appropriate for objective reasons in the public interest, whole or partial deferred coverage on free television as determined by that other Party under paragraph 1, respecting the following requirements:

- (a) the Party implementing the measures referred to in paragraph 1 shall draw up a list of national or non-national events which are considered by that Party as being of major importance for society;
- (b) the Party shall do so in a clear and transparent manner in due and effective time;
- (c) the Party shall determine whether these events shall be available via whole or partial live coverage, or where necessary or appropriate for objective reasons in the public interest, whole or partial deferred coverage;
- (d) the measures taken by the Party drawing up the list shall be proportionate and as detailed as necessary to enable other Parties to take measures referred to in this paragraph;
- (e) the Party drawing up the list shall notify the list and the corresponding measures to the Standing Committee, the time limit for which shall be fixed by the Standing Committee;
- (f) the measures taken by the Party drawing up the list shall be within the limitations of the guidelines of the Standing Committee referred to in paragraph 3 and the Standing Committee must have given a positive opinion on the measures.

Measures based on this paragraph shall apply only to those events published by the Standing Committee in the annual list referred to in paragraph 3 and to those exclusive rights purchased after the entry into force of this amending Protocol.

3. Once a year the Standing Committee shall:

- (a) publish a consolidated list of the enlisted events and corresponding measures notified by Parties in accordance with paragraph 2 e;
- (b) draw up guidelines to be adopted by a majority of three quarters of the members in addition to the requirements listed up in paragraph 2 a to e in order to

approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, intégralement ou partiellement en différé, sur une télévision à accès libre, selon les dispositions prises par cette autre Partie en application du paragraphe 1, les événements que cette autre Partie a désignés en respectant les exigences suivantes:

- a) la Partie mettant en oeuvre les mesures mentionnées au paragraphe 1 établit une liste d'événements, nationaux ou non nationaux, qu'elle juge d'une importance majeure pour la société;
- b) la Partie établit cette liste selon une procédure claire et transparente, en temps opportun et utile;
- c) la Partie détermine si ces événements doivent être transmis intégralement ou partiellement en direct ou, si nécessaire ou approprié pour des raisons objectives d'intérêt général, transmis intégralement ou partiellement en différé;
- d) les mesures prises par la Partie qui établit la liste sont proportionnées et aussi détaillées que nécessaire afin de permettre aux autres Parties de prendre les mesures mentionnées dans ce paragraphe;
- e) la Partie établissant la liste communiquant au Comité permanent cette liste et les mesures correspondantes dans un délai fixé par le Comité permanent;
- f) les mesures prises par la Partie établissant la liste entrent dans le cadre des limitations indiquées dans les lignes directrices du Comité permanent mentionnées au paragraphe 3, et ont reçu un avis favorable du Comité permanent.

Les mesures se rapportant à ce paragraphe ne s'appliquent qu'aux événements publiés par le Comité permanent dans la liste annuelle mentionnée au paragraphe 3 et aux droits d'exclusivité acquis après l'entrée en vigueur du présent Protocole d'amendement.

3. Une fois par an, le Comité permanent:

- a) publie une liste consolidée des événements désignés et des mesures correspondantes communiqués par les Parties conformément au paragraphe 2 e;
- b) établit des lignes directrices adoptées à la majorité des trois quarts des membres en complément aux conditions énumérées au paragraphe 2 a à e

vorenthalten wird, die von dieser anderen Vertragspartei unter Berücksichtigung der unten stehenden Anforderungen bezeichneten Ereignisse als direkte Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, sofern im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen, als zeitversetzte Gesamt- oder Teilberichterstattung im frei zugänglichen Fernsehen zu verfolgen, wie dies von der anderen Vertragspartei gemäß Absatz 1 festgelegt worden ist:

- a) die Vertragspartei, welche die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen trifft, erstellt eine Liste nationaler oder internationaler Ereignisse, die sie als von gesellschaftlich erheblicher Bedeutung erachtet;
- b) die Vertragspartei erstellt diese Liste rechtzeitig in einem klaren und nachvollziehbaren Verfahren;
- c) die Vertragspartei bestimmt, ob diese Ereignisse im Wege direkter Gesamt- oder Teilberichterstattung oder, sofern im öffentlichen Interesse aus objektiven Gründen erforderlich oder angemessen im Wege zeitversetzter Gesamt- oder Teilberichterstattung verfügbar sein sollen;
- d) die von der Vertragspartei, welche die Liste erstellt, getroffenen Maßnahmen haben verhältnismäßig und so detailliert wie nötig zu sein, um es den anderen Vertragsparteien zu ermöglichen, die in diesem Absatz erwähnten Maßnahmen zu ergreifen;
- e) die Vertragspartei, welche die Liste erstellt, teilt dem Ständigen Ausschuss diese Liste und die entsprechenden Maßnahmen in einer vom Ständigen Ausschuss festgelegten Frist mit;
- f) die von der Vertragspartei, welche die Liste erstellt, getroffenen Maßnahmen fallen in den Rahmen der Beschränkungen, die in den in Absatz 3 erwähnten Richtlinien des Ständigen Ausschusses festgelegt sind, und der Ständige Ausschuss muss eine positive Stellungnahme zu den Maßnahmen abgegeben haben.

Maßnahmen aufgrund dieses Absatzes finden nur Anwendung auf die vom Ständigen Ausschuss in der in Absatz 3 erwähnten jährlichen Liste veröffentlichten Ereignisse sowie auf die nach dem Inkrafttreten dieses Änderungsprotokolls erworbenen Exklusivrechte.

(3) Einmal jährlich hat der Ständige Ausschuss:

- a) eine konsolidierte Liste der bezeichneten Ereignisse und entsprechenden Maßnahmen, die von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit Absatz 2 e) mitgeteilt worden sind, zu veröffentlichen;
- b) mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder Richtlinien, zusätzlich zu den in Absatz 2 a) bis e) aufgeführten Bedingungen aufzustellen, damit Abweichungen

avoid differences between the implementation of this Article and that of corresponding European Community provisions.”

Article 11

Paragraph 1 of Article 10 shall have the following wording:

“1. Each transmitting Party shall ensure, where practicable and by appropriate means, that a broadcaster within its jurisdiction reserves for European works a majority proportion of its transmission time, excluding the time appointed to news, sports events, games, advertising, teletext services and tele-shopping. This proportion, having regard to the broadcaster’s informational, educational, cultural and entertainment responsibilities to its viewing public, should be achieved progressively, on the basis of suitable criteria.”

Article 12

Paragraph 4 of Article 10 shall have the following wording:

“4. The Parties shall ensure that a broadcaster within their jurisdiction does not broadcast cinematographic works outside periods agreed with the rights holders.”

Article 13

A new Article 10^{bis} reading as follows shall be inserted:

“Article 10^{bis}: Media pluralism

The Parties, in the spirit of co-operation and mutual assistance which underlies this Convention, shall endeavour to avoid that programme services transmitted or retransmitted by a broadcaster or any other legal or natural persons within their jurisdiction, within the meaning of Article 3, endanger media pluralism.”

Article 14

The heading of Chapter III shall read as follows:

“Advertising and tele-shopping”.

Article 15

Article 11 shall have the following wording:

“1. Advertising and tele-shopping shall be fair and honest.

2. Advertising and tele-shopping shall not be misleading and shall not prejudice the interests of consumers.

3. Advertising and tele-shopping addressed to or using children shall avoid anything likely to harm their interests and

afin d’éviter des différences entre la mise en oeuvre de cet article et celle des dispositions correspondantes du droit communautaire.»

Article 11

Le paragraphe 1 de l’article 10 est libellé comme suit:

«1. Chaque Partie de transmission veille, chaque fois que cela est réalisable et par des moyens appropriés, à ce qu’un radiodiffuseur relevant de sa compétence réserve à des oeuvres européennes une proportion majoritaire de son temps de transmission, à l’exclusion du temps consacré aux informations, à des manifestations sportives, à des jeux, à la publicité, aux services de télétexte et au télé-achat. Cette proportion, compte tenu des responsabilités du radiodiffuseur à l’égard de son public en matière d’information, d’éducation, de culture et de divertissement, devra être obtenue progressivement sur la base de critères appropriés.»

Article 12

Le paragraphe 4 de l’article 10 est libellé comme suit:

«4. Les Parties veillent à ce qu’un radiodiffuseur qui relève de leur compétence ne diffuse pas d’oeuvres cinématographiques en dehors des délais convenus avec les ayants droit.»

Article 13

Un nouvel article 10^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 10^{bis}: Pluralisme des médias

Dans l’esprit de coopération et d’entraide qui sous-tend la présente Convention, les Parties s’efforcent d’éviter que les services de programmes transmis ou retransmis par un radiodiffuseur ou par d’autres personnes physiques ou morales relevant de leur compétence, au sens de l’article 3, ne mettent en danger le pluralisme des médias.»

Article 14

Le titre du chapitre III se lit comme suit:

«Publicité et Télé-Achat».

Article 15

L’article 11 est libellé comme suit:

«1. Toute publicité et tout télé-achat doivent être loyaux et honnêtes.

2. La publicité et le télé-achat ne doivent pas être trompeurs ni porter atteinte aux intérêts des consommateurs.

3. La publicité et le télé-achat destinés aux enfants ou faisant appel à des enfants doivent éviter de porter préjudice aux inté-

zwischen der Umsetzung dieses Artikels und der im Gemeinschaftsrecht geltenden Bestimmungen vermieden werden.“

Artikel 11

Artikel 10 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Jede sendende Vertragspartei sorgt im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln dafür, dass ein Rundfunkveranstalter in ihrer Rechts hoheit den Hauptanteil seiner Sendezeit europäischen Werken vorbehält; ausgenommen ist die für Nachrichten, Sportereignisse, Spielshows, Werbung, Teletext- oder Teleshopping-Dienste vorgesehene Sendezeit. Dieser Anteil soll unter Berücksichtigung der Verantwortung des Rundfunkveranstalters gegenüber seinem Publikum in den Bereichen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung schrittweise auf der Grundlage geeigneter Kriterien erreicht werden.“

Artikel 12

Artikel 10 Absatz 4 wird wie folgt formuliert:

„(4) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass ein ihrer Rechts hoheit unterliegender Rundfunkveranstalter Kinofilme nur nach Ablauf der mit den Rechteinhabern vereinbarten Fristen verbreitet.“

Artikel 13

Ein neuer Artikel 10a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 10a: Medienvielfalt

Die Vertragsparteien bemühen sich im Geiste der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung, der diesem Übereinkommen zugrunde liegt, zu vermeiden, dass Programme, die durch einen Rundfunkveranstalter oder andere natürliche oder juristische Personen unter ihrer Rechts hoheit im Sinne des Artikels 3 verbreitet oder weiterverbreitet werden, die Medienvielfalt gefährden.“

Artikel 14

Der Titel von Kapitel III heißt neu wie folgt:

„Werbung und Teleshopping“.

Artikel 15

Artikel 11 wird wie folgt formuliert:

„(1) Werbung und Teleshopping müssen fair und ehrlich sein.

(2) Werbung und Teleshopping dürfen nicht irreführen und den Interessen der Verbraucher nicht schaden.

(3) Werbung und Teleshopping, die sich an Kinder richten oder Kinder einsetzen, müssen alles vermeiden, was deren Inter-

shall have regard to their special susceptibilities.

4. Tele-shopping shall not exhort minors to contract for the sale or rental of goods and services.

5. The advertiser shall not exercise any editorial influence over the content of programmes.”

Article 16

Article 12 shall have the following wording:

„Article 12: Duration

1. The proportion of tele-shopping spots, advertising spots and other forms of advertising, with the exception of tele-shopping windows within the meaning of paragraph 3, shall not exceed 20 % of the daily transmission time. The transmission time for advertising spots shall not exceed 15 % of the daily transmission time.

2. The proportion of advertising spots and tele-shopping spots within a given clock hour shall not exceed 20 %.

3. Windows devoted to tele-shopping programmes broadcast within programme services which are not exclusively devoted to tele-shopping shall be of a minimum uninterrupted duration of 15 minutes. The maximum number of windows per day shall be eight. Their overall duration shall not exceed three hours per day. They must be clearly identified by optical and acoustic means.

4. For the purposes of this Article, advertising shall not include:

- announcements made by the broadcaster in connection with its own programmes and ancillary products directly derived from those programmes;
- announcements in the public interest and charity appeals broadcast free of charge.”

Article 17

Article 13 shall have the following wording:

„Article 13: Form and presentation

1. Advertising and tele-shopping shall be clearly distinguishable as such and recognisably separate from the other items of the programme service by optical and/or acoustic means. In principle, advertising and tele-shopping spots shall be transmitted in blocks.

2. Advertising and tele-shopping shall not use subliminal techniques.

3. Surreptitious advertising and tele-shopping shall not be allowed, in particular

rêts de ces derniers et tenir compte de leur sensibilité particulière.

4. Le télé-achat ne doit pas inciter les mineurs à conclure des contrats pour la vente ou la location de biens et de services.

5. L’annonceur ne doit exercer aucune influence éditoriale sur le contenu des émissions.»

Article 16

L’article 12 est libellé comme suit:

«Article 12: Durée

1. Le temps de transmission consacré aux spots de télé-achat, aux spots publicitaires et aux autres formes de publicité, à l’exclusion des fenêtres d’exploitation consacrées au télé-achat au sens du paragraphe 3, ne doit pas dépasser 20 % du temps de transmission quotidien. Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires ne doit pas dépasser 15 % du temps de transmission quotidien.

2. Le temps de transmission consacré aux spots publicitaires et aux spots de télé-achat à l’intérieur d’une heure d’horloge donnée ne doit pas dépasser 20 %.

3. Les fenêtres d’exploitation pour les émissions de télé-achat diffusées à l’intérieur d’un service de programmes non exclusivement consacré au télé-achat doivent avoir une durée minimale et ininterrompue de quinze minutes. Le nombre maximal de fenêtres d’exploitation est de huit par jour. Leur durée totale ne doit pas dépasser trois heures par jour. Elles doivent être clairement identifiables par des moyens optiques et acoustiques.

4. Aux fins du présent article, la publicité n’inclut pas:

- les messages diffusés par le radiodiffuseur en ce qui concerne ses propres programmes et les produits connexes directement dérivés de ces programmes;
- les messages d’intérêt public et les appels en faveur d’œuvres de bienfaisance diffusés gratuitement.»

Article 17

L’article 13 est libellé comme suit:

«Article 13: Forme et présentation

1. La publicité et le télé-achat doivent être clairement identifiables en tant que tels et clairement séparés des autres éléments du service de programmes par des moyens optiques et/ou acoustiques. En principe, les spots de publicité et de télé-achat doivent être groupés en écrans.

2. La publicité et le télé-achat ne doivent pas utiliser de techniques subliminales.

3. La publicité et le télé-achat clandestins sont interdits, en particulier la présen-

essen schaden könnte, und müssen deren besondere Beeindruckbarkeit berücksichtigen.

(4) Teleshopping darf Minderjährige nicht dazu anregen, Verträge für den Kauf oder die Miete oder Pacht von Erzeugnissen oder für die Erbringung von Dienstleistungen abzuschließen.

(5) Ein Werbetreibender darf keinen redaktionellen Einfluss auf den Programminhalt ausüben.“

Artikel 16

Artikel 12 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 12: Dauer

(1) Die Dauer der Werbe- und Teleshopping-Spots und anderen Werbeformen darf, mit Ausnahme der für das Teleshopping im Sinne von Absatz 3 vorgesehenen Fenster, 20 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Die Dauer der Spotwerbung darf 15 % der täglichen Sendezeit nicht überschreiten.

(2) Die Dauer der Werbe- und Teleshopping-Spots innerhalb eines Einstundenzeitraums, gerechnet ab einer vollen Stunde, darf 20 % nicht überschreiten.

(3) Die Teleshopping-Fenster innerhalb eines Programms, das nicht ausschließlich für das Teleshopping vorgesehen ist, müssen eine ununterbrochene Zeitspanne von mindestens 15 Minuten umfassen. Pro Tag sind höchstens acht solcher Fenster zulässig. Ihre gesamte Dauer darf drei Stunden täglich nicht überschreiten. Sie müssen durch optische und akustische Mittel eindeutig als solche erkennbar sein.

(4) Im Sinne dieses Artikels gilt nicht als Werbung:

- vom Rundfunkveranstalter verbreitete Hinweise auf eigene Programme und auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Programmen abgeleitet sind;
- Hinweise im öffentlichen Interesse und kostenlose Spendenaufrufe zu Wohlfahrtszwecken.“

Artikel 17

Artikel 13 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 13: Form und Aufmachung

(1) Werbung und Teleshopping müssen klar als solche erkennbar und durch optische und/oder akustische Mittel eindeutig von anderen Programmteilen getrennt sein. Grundsätzlich werden Werbe- und Teleshopping-Spots in Blöcken gesendet.

(2) Unterschwellige Werbung und unter-schwelliges Teleshopping sind verboten.

(3) Schleichwerbung und -teleshopping, insbesondere die Darstellung von Erzeug-

the presentation of products or services in programmes when it serves advertising purposes.

4. Advertising and tele-shopping shall not feature, visually or orally, persons regularly presenting news and current affairs programmes.”

Article 18

The following text shall replace Article 14:

„Article 14: Insertion of advertising and tele-shopping

1. Advertising and tele-shopping shall be inserted between programmes. Provided the conditions contained in paragraphs 2 to 5 of this Article are fulfilled, advertising and tele-shopping spots may also be inserted during programmes in such a way that the integrity and value of the programme and the rights of the rights holders are not prejudiced.

2. In programmes consisting of autonomous parts, or in sports programmes and similarly structured events and performances containing intervals, advertising and tele-shopping spots shall only be inserted between the parts or in the intervals.

3. The transmission of audiovisual works such as feature films and films made for television (excluding series, serials, light entertainment programmes and documentaries), provided their scheduled duration is more than forty-five minutes, may be interrupted once for each complete period of forty-five minutes. A further interruption is allowed if their scheduled duration is at least twenty minutes longer than two or more complete periods of forty-five minutes.

4. Where programmes, other than those covered by paragraph 2, are interrupted by advertising or tele-shopping spots, a period of at least twenty minutes should elapse between each successive advertising or tele-shopping break within the programme.

5. Advertising and tele-shopping shall not be inserted in any broadcast of a religious service. News and current affairs programmes, documentaries, religious programmes, and children’s programmes, when their scheduled duration is less than thirty minutes, shall not be interrupted by advertising or tele-shopping. If their scheduled duration is thirty minutes or longer, the provisions of the previous paragraphs shall apply.”

Article 19

The heading of Article 15 and paragraphs 1 to 2 a of this Article shall have the following wording:

tation de produits ou de services dans les émissions, lorsque celle-ci est faite dans un but publicitaire.

4. La publicité et le télé-achat ne doivent pas faire appel, ni visuellement ni oralement, à des personnes présentant régulièrement les journaux télévisés et les magazines d’actualités.»

Article 18

Le texte suivant remplace l’article 14:

«Article 14: Insertion de publicité et de télé-achat

1. La publicité et le télé-achat doivent être insérés entre les émissions. Sous réserve des conditions fixées aux paragraphes 2 à 5 du présent article, la publicité et les spots de télé-achat peuvent également être insérés pendant les émissions, de façon à ne pas porter atteinte à l’intégrité et à la valeur des émissions, et de manière qu’il ne soit pas porté préjudice aux droits des ayants droit.

2. Dans les émissions composées de parties autonomes ou dans les émissions sportives et les événements et spectacles de structure similaire comprenant des intervalles, la publicité et les spots de télé-achat ne peuvent être insérés qu’entre les parties autonomes ou dans les intervalles.

3. La transmission d’oeuvres audiovisuelles telles que les longs métrages cinématographiques et les films conçus pour la télévision (à l’exclusion des séries, des feuilletons, des émissions de divertissement et des documentaires), à condition que leur durée programmée soit supérieure à quarante-cinq minutes, peut être interrompue une fois par tranche complète de quarante-cinq minutes. Une autre interruption est autorisée si leur durée programmée est supérieure d’au moins vingt minutes à deux ou plusieurs tranches complètes de quarante-cinq minutes.

4. Lorsque des émissions autres que celles couvertes par le paragraphe 2 sont interrompues par de la publicité ou par des spots de télé-achat, une période d’au moins vingt minutes devrait s’écouler entre chaque interruption successive à l’intérieur des émissions.

5. La publicité et le télé-achat ne peuvent être insérés dans les diffusions de services religieux. Les journaux télévisés, les magazines d’actualités, les documentaires, les émissions religieuses et les émissions pour enfants dont la durée programmée est inférieure à trente minutes ne peuvent être interrompus par la publicité ou le télé-achat. Lorsqu’ils ont une durée programmée d’au moins trente minutes, les dispositions des paragraphes précédents s’appliquent.»

Article 19

Le titre de l’article 15 et les paragraphes 1 à 2a de cet article sont libellés comme suit:

nissen oder Dienstleistungen in Sendungen zu Werbezwecken, sind verboten.

(4) In der Werbung oder im Teleshopping dürfen weder im Bild noch im Ton Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen.“

Artikel 18

Der folgende Wortlaut ersetzt Artikel 14:

„Artikel 14: Einfügung der Werbung und des Teleshoppings

(1) Werbung und Teleshopping werden zwischen Sendungen eingefügt. Unter den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Voraussetzungen können Werbe- und Teleshopping-Spots auch in Sendungen eingefügt werden, sofern der Gesamtzusammenhang und der Wert der Sendung sowie die Rechte der Rechteinhaber nicht beeinträchtigt werden.

(2) In Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder in Sportsendungen und Übertragungen ähnlich gegliederter Ereignisse und Darbietungen, die Pausen enthalten, dürfen Werbe- und Teleshopping-Spots nur zwischen den eigenständigen Teilen oder in den Pausen eingefügt werden.

(3) Die Verbreitung audiovisueller Werke wie Kinospielefilme und Fernsehfilme (mit Ausnahme von Serien, Reihen, leichten Unterhaltungssendungen und Dokumentarsendungen) darf unter der Voraussetzung, dass diese länger dauern als 45 Minuten, einmal je vollständigem 45-Minuten-Zeitraum unterbrochen werden. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn diese Werke mindestens 20 Minuten länger dauern als zwei oder mehr vollständige 45-Minuten-Zeiträume.

(4) Werden andere als die von Absatz 2 erfassten Sendungen durch Werbe- und Teleshopping-Spots unterbrochen, so soll der Abstand zwischen zwei aufeinanderfolgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung mindestens 20 Minuten betragen.

(5) Die Übertragung von Gottesdiensten darf nicht durch Werbung oder durch Teleshopping unterbrochen werden. Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen, Dokumentarsendungen, Sendungen religiösen Inhalts und Kindersendungen dürfen nicht durch Werbung oder durch Teleshopping unterbrochen werden, wenn sie kürzer als 30 Minuten sind. Dauern sie 30 Minuten oder länger, so gelten die Bestimmungen der Absätze 1 bis 4.“

Artikel 19

Der Titel des Artikels 15 und die Absätze 1 und 2 a werden wie folgt formuliert:

“Article 15: Advertising and tele-shopping of particular products

1. Advertising and tele-shopping for tobacco products shall not be allowed.

2. Advertising and tele-shopping for alcoholic beverages of all varieties shall comply with the following rules:

(a) they shall not be addressed particularly to minors and no one associated with the consumption of alcoholic beverages in advertising or tele-shopping should seem to be a minor;”.

Article 20

In the French text, Article 15, paragraph 2, sub-paragraphs b to e, shall be worded as follows:

“(b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile;

(c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels;

(d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;

(e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.”

Article 21

A new paragraph 5 reading as follows shall be inserted in Article 15:

“5. Tele-shopping for medicines and medical treatment shall not be allowed.”

Article 22

Article 16 will have the following wording:

“Article 16: Advertising and tele-shopping directed specifically at a single Party

1. In order to avoid distortions in competition and endangering the television system of a Party, advertising and tele-shopping which are specifically and with some frequency directed to audiences in a single Party other than the transmitting Party shall not circumvent the television advertising and tele-shopping rules in that particular Party.

«Article 15: Publicité et télé-achat pour certains produits

1. La publicité et le télé-achat pour les produits du tabac sont interdits.

2. La publicité et le télé-achat pour les boissons alcoolisées de toutes sortes sont soumis aux règles suivantes:

a) ils ne doivent pas s'adresser particulièrement aux mineurs et aucune personne pouvant être considérée comme mineur ne doit y être associée à la consommation de boissons alcoolisées;».

Article 20

Dans la version française, l'article 15, paragraphe 2, sous-paragraphes b à e est libellé comme suit:

«b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile;

c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels;

d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété;

e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.»

Article 21

Un nouveau paragraphe 5, libellé comme suit, est inséré à l'article 15:

«5. Le télé-achat pour les médicaments et les traitements médicaux est interdit.»

Article 22

L'article 16 est libellé comme suit:

«Article 16: Publicité et télé-achat s'adressant spécifiquement à une seule Partie

1. Afin d'éviter des distorsions de concurrence et la mise en péril du système télévisuel d'une Partie, la publicité et le télé-achat dirigés spécifiquement et fréquemment vers l'audience d'une seule Partie autre que la Partie de transmission ne doivent pas contourner les règles relatives à la publicité télévisée et au télé-achat dans cette Partie.

„Artikel 15: Werbung und Teleshopping für bestimmte Erzeugnisse

(1) Werbung und Teleshopping für Tabakerzeugnisse sind verboten.

(2) Werbung und Teleshopping für alle Arten von alkoholischen Getränken müssen folgenden Regeln entsprechen:

a) sie dürfen sich nicht eigens an Minderjährige richten; niemand, der wie ein Minderjähriger aussieht, darf im Werbe- oder im Teleshopping-Spot mit dem Konsum alkoholischer Getränke in Zusammenhang gebracht werden;“.

Artikel 20

In der französischen Fassung wird Artikel 15 Absatz 2 Buchstabe b bis e wie folgt formuliert:

„b) ils ne doivent pas associer la consommation de l'alcool à des performances physiques ou à la conduite automobile; (sie dürfen den Konsum von Alkohol nicht mit körperlicher Leistung oder mit Autofahren in Verbindung bringen)

c) ils ne doivent pas suggérer que les boissons alcoolisées sont dotées de propriétés thérapeutiques ou qu'elles ont un effet stimulant, sédatif, ou qu'elles peuvent résoudre des problèmes personnels; (sie dürfen nicht vorgeben, dass Alkohol therapeutische Eigenschaften besitzt oder ein Anregungs- oder Beruhigungsmittel oder ein Mittel zur Lösung persönlicher Probleme ist)

d) ils ne doivent pas encourager la consommation immodérée de boissons alcoolisées ou donner une image négative de l'abstinence ou de la sobriété; (sie dürfen nicht zum unmäßigen Konsum von Alkohol ermutigen oder Abstinenz oder Mäßigung in einem negativen Licht erscheinen lassen)

e) ils ne doivent pas souligner indûment la teneur en alcool des boissons.“ (sie dürfen den Alkoholgehalt von Getränken nicht ungebührlich betonen).“

Artikel 21

Ein neuer Absatz 5, der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 15 eingefügt:

„(5) Teleshopping für Medikamente und medizinische Behandlungen ist verboten.“

Artikel 22

Artikel 16 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 16: Werbung und Teleshopping, die sich eigens an eine einzelne Vertragspartei richten

(1) Um Wettbewerbsverzerrungen und die Gefährdung des Fernsehsystems einer Vertragspartei zu vermeiden, dürfen Werbung und Teleshopping, die sich eigens und häufig an Zuschauer in einer einzelnen Vertragspartei außerhalb der sendenden Vertragspartei richten, die für die Fernsehwerbung und das Teleshopping geltenden Vorschriften dieser Vertragspartei nicht umgehen.

2. The provisions of the preceding paragraph shall not apply where:

- (a) the rules concerned establish a discrimination between advertising and tele-shopping transmitted by a broadcaster within the jurisdiction of that Party and advertising and tele-shopping transmitted by a broadcaster or any other legal or natural person within the jurisdiction of another Party, or
- (b) the Parties concerned have concluded bilateral or multilateral agreements in this area.”

Article 23

Paragraph 1 of Article 18 shall read as follows:

“1. Programmes may not be sponsored by natural or legal persons whose principal activity is the manufacture or sale of products, or the provision of services, the advertising and tele-shopping of which are prohibited by virtue of Article 15.”

Article 24

A new paragraph 2 reading as follows shall be inserted in Article 18:

“2. Companies whose activity includes, inter alia, the manufacture or sale of medicines and medical treatments may sponsor programmes by promoting the name, trademark, image or activities of the company, to the exclusion of any reference to medicines or specific medical treatment available only on medical prescription in the transmitting Party.”

Article 25

Paragraph 2 of Article 18 shall be renumbered to paragraph 3.

Article 26

A new Chapter IV^{bis} reading as follows shall be inserted:

“Chapter IV^{bis}

Programme services devoted exclusively to self-promotion or tele-shopping

Article 18^{bis}: Programme services devoted exclusively to self-promotion

1. The provisions of this Convention shall apply mutatis mutandis to programme services devoted exclusively to self-promotion.

2. Other forms of advertising shall be allowed on such services within the limits established by Article 12 paragraphs 1 and 2.

2. Les dispositions du paragraphe précédent ne s'appliquent pas lorsque:

- a) les règles concernées établissent une discrimination entre les messages publicitaires ou le télé-achat transmis par un radiodiffuseur relevant de la compétence de cette Partie et la publicité ou le télé-achat transmis par un radiodiffuseur ou d'autres personnes physiques ou morales relevant de la compétence d'une autre Partie; ou
- b) les Parties concernées ont conclu des accords bi- ou multilatéraux en ce domaine.»

Article 23

Le paragraphe 1 de l'article 18 est libellé comme suit:

«1. Les émissions ne peuvent pas être parrainées par des personnes physiques ou morales qui ont pour activité principale la fabrication ou la vente de produits ou la fourniture de services dont la publicité et le télé-achat sont interdits en vertu de l'article 15.»

Article 24

Un nouveau paragraphe 2, libellé comme suit, est inséré à l'article 18:

«2. Les entreprises qui ont pour activité, entre autres, la fabrication ou la vente de médicaments et de traitements médicaux peuvent parrainer des émissions à condition de se limiter à la promotion du nom ou de l'image de l'entreprise, sans promouvoir des médicaments ou des traitements médicaux spécifiques disponibles seulement sur prescription médicale dans la Partie de transmission.»

Article 25

Le paragraphe 2 de l'article 18 est renuméroté comme paragraphe 3.

Article 26

Un nouveau Chapitre IV^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Chapitre IV^{bis}

Services de Programmes Consacrés exclusivement à l'autopromotion ou au télé-achat

Article 18^{bis}: Services de programmes consacrés exclusivement à l'autopromotion

1. Les dispositions de la présente Convention s'appliquent par analogie aux services de programmes consacrés exclusivement à l'autopromotion.

2. D'autres formes de publicité sont autorisées sur ces services dans les limites prévues à l'article 12 paragraphes 1 et 2.

(2) Absatz 1 gilt nicht,

- a) wenn die betreffenden Vorschriften die Werbe- oder die Teleshopping-Spots, die durch einen der Rechtshoheit dieser Vertragspartei unterliegender Rundfunkveranstalter verbreitet werden, schlechter stellen als die Werbe- oder die Teleshopping-Spots, die durch einen Rundfunkveranstalter oder andere natürliche oder juristische Personen unter der Rechtshoheit einer anderen Vertragspartei verbreitet werden, oder
- b) wenn die betreffenden Vertragsparteien zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte auf diesem Gebiet geschlossen haben.“

Artikel 23

Artikel 18 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Sendungen dürfen nicht durch natürliche oder juristische Personen gesponsert werden, deren Haupttätigkeit in der Herstellung oder dem Verkauf von Erzeugnissen oder der Erbringung von Dienstleistungen besteht, für die Werbung und Teleshopping aufgrund des Artikels 15 verboten sind.“

Artikel 24

Ein neuer Absatz 2, der wie folgt formuliert ist, wird in Artikel 18 eingefügt:

„(2) Unternehmen, deren Tätigkeit unter anderem in der Herstellung oder dem Verkauf von Medikamenten und medizinischen Behandlungen besteht, können Sendungen sponsern, falls sie sich auf die Werbung für den Namen und das Erscheinungsbild des Unternehmens beschränken und für Medikamente oder spezifische medizinische Behandlungen, die in der sendenden Vertragspartei nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind, nicht werben.“

Artikel 25

Absatz 2 des Artikels 18 wird neu als Absatz 3 nummeriert.

Artikel 26

Ein neues Kapitel IVa, das wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Kapitel IVa

Reine Eigenwerbe- oder Teleshopping-Programme

Artikel 18a: Reine Eigenwerbeprogramme

(1) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten sinngemäß für reine Eigenwerbeprogramme.

(2) Andere Werbeformen sind in diesen Programmen gemäß den in Artikel 12 Absatz 1 und 2 festgelegten Zeitbeschränkungen erlaubt.

Article 18^{ter}: Programme services devoted exclusively to tele-shopping

1. The provisions of this Convention shall apply mutatis mutandis to programme services devoted exclusively to tele-shopping.

2. Advertising shall be allowed on such services within the limits established in Article 12, paragraph 1. Article 12, paragraph 2, shall not apply.”

Article 27

The last sentence of paragraph 4 of Article 20 shall be deleted and paragraph 7 of Article 20 shall have the following wording:

“7. Subject to the provisions of Article 9^{bis}, paragraph 3 b and Article 23, paragraph 3, the decisions of the Standing Committee shall be taken by a majority of three-quarters of the members present.”

Article 28

Article 21 shall be supplemented as follows:

“(f) give opinions on abuse of rights under Article 24^{bis}, paragraph 2 c.

2. In addition, the Standing Committee shall:

(a) draw up the guidelines referred to in Article 9^{bis}, paragraph 3 b, in order to avoid differences between the implementation of the provisions of this Convention concerning access of the public to events of major importance for society and that of corresponding European Community provisions;

(b) give an opinion on the measures taken by Parties which have drawn up a list of national or non-national events which are considered by those Parties as being of major importance for society in accordance with Article 9^{bis}, paragraph 2;

(c) publish once a year a consolidated list of the enlisted events and corresponding measures notified by Parties in accordance with Article 9^{bis}, paragraph 2 e.”

Article 29

Two new paragraphs 5 and 6, reading as follows, shall be inserted in Article 23:

“5. However, the Committee of Ministers may, after consulting the Standing Committee, decide that a particular amendment shall enter into force following the expiry of a period of 2 years after the date on which it has been opened to acceptance, unless a Party has notified the Secretary General of the Council of Europe of an objection to its entry into force. Should such an objection

Article 18^{ter}: Services de programmes consacrés exclusivement au télé-achat

1. Les dispositions de la présente Convention s'appliquent par analogie aux services de programmes consacrés exclusivement au télé-achat.

2. La publicité est autorisée sur ces services dans les limites quotidiennes fixées à l'article 12, paragraphe 1. L'article 12, paragraphe 2 ne s'applique pas.»

Article 27

La dernière phrase du paragraphe 4 de l'article 20 est supprimée et le paragraphe 7 de l'article 20 est libellé comme suit:

«7. Sous réserve des dispositions de l'article 9^{bis}, paragraphe 3 b et de l'article 23, paragraphe 3, les décisions du Comité permanent sont prises à la majorité des trois quarts des membres présents.»

Article 28

L'article 21 est complété comme suit:

«f) émettre des avis sur les abus de droit en application de l'article 24^{bis}, paragraphe 2 c.

2. En outre, le Comité permanent:

a) établit les lignes directrices mentionnées à l'article 9^{bis}, paragraphe 3 b afin d'éviter des différences entre la mise en oeuvre des règles de cette Convention concernant l'accès du public à des événements d'importance majeure pour la société et celle des dispositions correspondantes du droit communautaire;

b) donne un avis sur les mesures prises par les Parties ayant établi une liste d'événements, nationaux ou non-nationaux, qu'elles jugent d'une importance majeure pour la société, conformément à l'article 9^{bis}, paragraphe 2;

c) publie une fois par an une liste consolidée des événements désignés et des mesures correspondantes communiqués par les Parties conformément à l'article 9^{bis}, paragraphe 2 e.»

Article 29

Deux nouveaux paragraphes 5 et 6, libellés comme suit, sont insérés à l'article 23:

«5. Néanmoins, le Comité des Ministres peut, après consultation du Comité permanent, décider qu'un amendement donné entrera en vigueur à l'expiration d'une période de 2 ans à compter de la date à laquelle il aura été ouvert à l'acceptation, sauf si une Partie a notifié au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe une objection à son entrée en vigueur. Lorsqu'une

Artikel 18b: Reine Teleshopping-Programme

(1) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens werden auch auf die ausschließlich für das Teleshopping vorgesehenen Programme angewandt.

(2) Werbung ist in diesen Programmen gemäß den in Artikel 12 Absatz 1 festgelegten Zeitbeschränkungen erlaubt. Artikel 12 Absatz 2 findet keine Anwendung.“

Artikel 27

Der letzte Satz von Artikel 20 Absatz 4 wird gestrichen, und Artikel 20 Absatz 7 wird wie folgt formuliert:

„(7) Vorbehaltlich des Artikels 9a Absatz 3 b und Artikel 23 Absatz 3 werden die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.“

Artikel 28

Artikel 21 wird wie folgt ergänzt:

„f) Stellungnahmen zu Rechtsmissbräuchen unter Anwendung des Artikels 24a Absatz 2 c) abgeben.

(2) Zudem umfasst der Aufgabenbereich des Ständigen Ausschusses:

a) die Ausarbeitung der in Artikel 9a Absatz 3 b) erwähnten Richtlinien, um Abweichungen zwischen der Umsetzung der Bestimmungen dieses Übereinkommens in Bezug auf den Zugang der Allgemeinheit zu Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung und der Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrecht zu vermeiden;

b) die Abgabe einer Stellungnahme zu den Maßnahmen, die von den Vertragsparteien ergriffen wurden, die eine Liste nationaler oder internationaler Ereignisse erstellt haben, die sie als von gesellschaftlich erheblicher Bedeutung erachten;

c) die jährliche Veröffentlichung einer konsolidierten Liste der bezeichneten Ereignisse und entsprechenden rechtlichen Maßnahmen, die von den Vertragsparteien in Übereinstimmung mit Artikel 9a Absatz 2 e) übermittelt worden sind.“

Artikel 29

Zwei neue Absätze 5 und 6, die wie folgt formuliert sind, werden in Artikel 23 eingefügt:

„(5) Das Ministerkomitee kann jedoch nach Konsultation des Ständigen Ausschusses beschließen, dass eine Änderung nach Ablauf eines Zeitabschnitts von zwei Jahren nach dem Tag, an dem sie zur Annahme aufgelegt wurde, in Kraft tritt, es sei denn, eine Vertragspartei hat dem Generalsekretär des Europarats einen Einwand gegen das Inkrafttreten notifiziert.“

be notified, the amendment shall enter into force on the first day of the month following the date on which the Party to the Convention which has notified the objection has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

6. If an amendment has been approved by the Committee of Ministers, but has not yet entered into force in accordance with paragraphs 4 or 5, a State or the European Community may not express their consent to be bound by the Convention without accepting at the same time the amendment.”

Article 30

A new Article 24^{bis} reading as follows shall be inserted:

„Article 24^{bis}: Alleged abuses of rights conferred by this Convention

1. When the programme service of a broadcaster is wholly or principally directed at the territory of a Party other than that which has jurisdiction over the broadcaster (the ‘receiving Party’), and the broadcaster has established itself with a view to evading the laws in the areas covered by the Convention which would have applied to it had it fallen within the jurisdiction of that other Party, this shall constitute an abuse of rights.

2. Where such an abuse is alleged by a Party, the following procedure shall apply:

- (a) the Parties concerned shall endeavour to achieve a friendly settlement;
- (b) if they fail to do so within three months, the receiving Party shall refer the matter to the Standing Committee;
- (c) having heard the views of the Parties concerned, the Standing Committee shall, within six months of the date on which the matter was referred to it, give an opinion on whether an abuse of rights has been committed and shall inform the Parties concerned accordingly.

3. If the Standing Committee has concluded that an abuse of rights has occurred, the Party whose jurisdiction the broadcaster is deemed to be within shall take appropriate measures to remedy the abuse of rights and shall inform the Standing Committee of those measures.

4. If the Party whose jurisdiction the broadcaster is deemed to be within has failed to take the measures specified in paragraph 3 within six months, the arbitration procedure set out in Article 26, paragraph 2, and the appendix of the Conven-

telle objection a été notifiée, l’amendement entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la Partie à la Convention qui a notifié l’objection aura déposé son instrument d’acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l’Europe.

6. Si un amendement a été approuvé par le Comité des Ministres, mais n’est pas encore entré en vigueur conformément aux dispositions des paragraphes 4 ou 5, un Etat ou la Communauté européenne ne peuvent pas exprimer leur consentement à être liés par la Convention sans accepter en même temps cet amendement.»

Article 30

Un nouvel article 24^{bis}, libellé comme suit, est inséré:

«Article 24^{bis}: Abus allégués des droits octroyés par la présente Convention

1. Lorsque le service de programmes d’un radiodiffuseur est entièrement ou principalement tourné vers le territoire d’une Partie autre que celle qui est compétente à l’égard de ce radiodiffuseur (la «Partie de réception»), et que ce radiodiffuseur s’est établi en vue de se soustraire aux lois dans les domaines couverts par la Convention qui lui seraient applicables s’il était établi sur le territoire de cette autre Partie, cela constitue un abus de droit.

2. Lorsqu’un abus de droit est allégué par une Partie, la procédure suivante s’applique:

- a) les Parties concernées s’efforcent de parvenir à un règlement amiable;
- b) si elles n’y parviennent pas dans un délai de trois mois, la Partie de réception porte la question devant le Comité permanent;
- c) après avoir entendu les Parties concernées, et dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été saisi, le Comité permanent émet un avis sur la question de savoir si un abus de droit a été ou non commis et le notifie aux Parties concernées.

3. Si le Comité permanent conclut à un abus de droit, la Partie considérée comme ayant compétence à l’égard du radiodiffuseur prend les mesures appropriées pour remédier à l’abus des droits et informe le Comité permanent de ces mesures.

4. Si la Partie compétente à l’égard du radiodiffuseur n’a pas pris les mesures évoquées au paragraphe 3 dans un délai de six mois, les Parties concernées se soumettent à la procédure d’arbitrage indiquée à l’article 26, paragraphe 2 et dans l’An-

Wenn ein solcher Einwand notifiziert wurde, tritt die Änderung am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragspartei, die den Einwand notifiziert hat, ihre Annahmearkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(6) Wenn eine Änderung vom Ministerkomitee genehmigt, aber nach Absatz 4 oder 5 noch nicht in Kraft getreten ist, kann ein Staat oder die Europäische Gemeinschaft ihre Zustimmung, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, nur mit gleichzeitiger Annahme dieser Änderung ausdrücken.“

Artikel 30

Ein neuer Artikel 24a, der wie folgt formuliert ist, wird eingefügt:

„Artikel 24a: Behaupteter Missbrauch der durch dieses Übereinkommen eingeräumten Rechte

(1) Ein Rechtsmissbrauch liegt vor, wenn das Programm eines Rundfunkveranstalters vollständig oder hauptsächlich auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gerichtet ist, deren Rechtshoheit der Rundfunkveranstalter nicht unterliegt (die „empfangende Vertragspartei“), und wenn dieser Rundfunkveranstalter sich in der Absicht niedergelassen hat, sich den Gesetzen in den von diesem Übereinkommen erfassten Bereichen zu entziehen, die auf ihn anwendbar wären, wenn er im Hoheitsgebiet dieser anderen Vertragspartei niedergelassen wäre.

(2) Wenn eine Vertragspartei einen Rechtsmissbrauch behauptet, findet folgendes Verfahren Anwendung:

- a) die betroffenen Vertragsparteien bemühen sich um eine gütliche Beilegung;
- b) wenn sie innerhalb von drei Monaten zu keiner gütlichen Beilegung gelangen, legt die empfangende Vertragspartei die Angelegenheit dem Ständigen Ausschuss vor;
- c) nach Anhörung der betroffenen Vertragsparteien nimmt der Ständige Ausschuss innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, an dem ihm die Angelegenheit vorgelegt wurde, Stellung zu der Frage, ob ein Rechtsmissbrauch begangen wurde oder nicht, und notifiziert diese Stellungnahme den betroffenen Vertragsparteien.

(3) Wenn der Ständige Ausschuss zu dem Schluss gelangt ist, dass ein Rechtsmissbrauch vorliegt, ergreift die Vertragspartei, deren Rechtshoheit der Rundfunkveranstalter unterliegt, die geeigneten Maßnahmen, um den Missbrauch zu beseitigen und informiert den Ständigen Ausschuss über diese Maßnahmen.

(4) Wenn die für den Rundfunkveranstalter zuständige Vertragspartei die in Absatz 3 erwähnten Maßnahmen nicht innerhalb von sechs Monaten ergreift, unterwerfen sich die betroffenen Vertragsparteien dem in Artikel 26 Absatz 2 und im Anhang

tion shall be pursued by the Parties concerned.

5. A receiving Party shall not take any measures against the programme service concerned until the arbitration procedure has been completed.

6. Any measures proposed or taken under this Article shall comply with Article 10 of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms.”

Article 31

Article 28 shall have the following wording:

“Article 28: Relations between the Convention and the internal law of the Parties

Nothing in this Convention shall prevent the Parties from applying stricter or more detailed rules than those provided for in this Convention to programme services transmitted by a broadcaster deemed to be within their jurisdiction, within the meaning of Article 5.”

Article 32

Paragraph 1 of Article 32 shall have the following wording:

“1. At the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession any State may declare that it reserves the right to restrict the retransmission on its territory, solely to the extent that it does not comply with its domestic legislation, of programme services containing advertising for alcoholic beverages according to the rules provided for in Article 15, paragraph 2, of this Convention.

No other reservation may be made.”

Article 33

In Article 20, paragraph 2, Article 23, paragraph 2, Article 27, paragraph 1, Article 29, paragraphs 1 and 4, Article 34 and in the closing formula, the words “European Economic Community” are replaced by “European Community”.

Article 34

This Protocol shall be open for acceptance by the Parties to the Convention. No reservation may be made.

Article 35

1. This Protocol shall enter into force on the first day of the month following the date on which the last of the Parties to the Convention has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

2. However, this Protocol shall enter into force following the expiry of a period of 2

nexe à la Convention.

5. Une Partie de réception ne peut prendre de mesures à l'encontre d'un service de programmes avant la fin de la procédure d'arbitrage.

6. Toutes les mesures proposées ou prises en vertu du présent article doivent être conformes à l'article 10 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales.»

Artikel 31

L'article 28 est libellé comme suit:

«Article 28: Relations entre la Convention et le droit interne des Parties

Aucune disposition de la présente Convention ne saurait empêcher les Parties d'appliquer des règles plus strictes ou plus détaillées que celles prévues dans la présente Convention aux services de programmes transmis par un radiodiffuseur relevant de leur compétence, au sens de l'article 5.»

Article 32

Le paragraphe 1 de l'article 32 est libellé comme suit:

«1. Au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, tout Etat peut déclarer qu'il se réserve le droit de s'opposer à la retransmission sur son territoire, dans la seule mesure où elle n'est pas conforme à sa législation nationale, de services de programmes contenant de la publicité pour les boissons alcoolisées selon les règles prévues à l'article 15, paragraphe 2, de la présente Convention.

Aucune autre réserve n'est admise.»

Article 33

A l'article 20, paragraphe 2, l'article 23, paragraphe 2, l'article 27, paragraphe 1, l'article 29, paragraphes 1 et 4, l'article 34 et dans la formule finale, les mots «Communauté économique européenne» sont remplacés par «Communauté européenne».

Article 34

Le présent Protocole est ouvert à l'acceptation des Parties à la Convention. Aucune réserve n'est admise.

Article 35

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la dernière des Parties à la Convention aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Néanmoins, le présent Protocole entrera en vigueur à l'expiration d'une

zu diesem Übereinkommen erwähnten Schiedsverfahren.

(5) Eine empfangende Vertragspartei kann vor dem Abschluss des Schiedsverfahrens keine Maßnahmen gegen ein Programm ergreifen.

(6) Alle gemäß diesem Artikel vorgeschlagenen oder getroffenen Maßnahmen müssen dem Artikel 10 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechen.“

Artikel 31

Artikel 28 wird wie folgt formuliert:

„Artikel 28: Verhältnis zwischen dem Übereinkommen und dem innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, strengere oder ausführlichere Bestimmungen als die in diesem Übereinkommen enthaltenen auf Programme anzuwenden, die durch einen ihrer Rechtshoheit unterliegenden Rundfunkveranstalter im Sinne des Artikels 5 verbreitet werden.“

Artikel 32

Artikel 32 Absatz 1 wird wie folgt formuliert:

„(1) Bei der Unterzeichnung oder der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde kann jeder Staat erklären, dass er sich das Recht vorbehält, die Weiterverbreitung von Programmen, die Werbung für alkoholische Getränke nach Maßgabe des Artikels 15 Absatz 2 enthalten, in seinem Hoheitsgebiet zu beschränken, soweit diese Weiterverbreitung seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften nicht entspricht.

Andere Vorbehalte sind nicht zulässig.“

Artikel 33

In Artikel 20 Absatz 2, Artikel 23 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 1, Artikel 29 Absätze 1 und 4, Artikel 34 und in der Schlussformel wird der Begriff „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ durch „Europäische Gemeinschaft“ ersetzt.

Artikel 34

Dieses Protokoll wird zur Annahme durch die Vertragsparteien des Übereinkommens aufgelegt. Vorbehalte sind nicht zulässig.

Artikel 35

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Vertragspartei des Übereinkommens ihre Annahmearkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(2) Dieses Protokoll tritt jedoch nach Ablauf eines Zeitraums von zwei Jahren

years after the date on which it has been opened to acceptance, unless a Party to the Convention has notified the Secretary General of the Council of Europe of an objection to its entry into force. The right to make an objection shall be reserved to those States or the European Community which expressed their consent to be bound by the Convention prior to the expiry of a period of three months after the opening for acceptance of this Protocol.

3. Should such an objection be notified, the Protocol shall enter into force on the first day of the month following the date on which the Party to the Convention which has notified the objection has deposited its instrument of acceptance with the Secretary General of the Council of Europe.

4. A Party to the Convention may, at any time, declare that it will apply the Protocol on a provisional basis.

Article 36

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, the other Parties to the Convention and the European Community of:

- a) the deposit of any instrument of acceptance;
- b) any declaration of provisional application of this Protocol in accordance with Article 35, paragraph 4;
- c) any date of entry into force of this Protocol in accordance with Article 35, paragraphs 1 to 3;
- d) any other act, notification or communication relating to this Protocol.

Done at Strasbourg, the 9th day of September 1998, in English and French, and opened for acceptance the 1st day of October 1998. Both texts are equally authentic and shall be deposited in a single copy in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to the other Parties to the Convention and to the European Community.

période de 2 ans à compter de la date à laquelle il aura été ouvert à l'acceptation, sauf si une Partie à la Convention a notifié au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe une objection à son entrée en vigueur. Le droit de faire une objection est réservé aux Etats ou à la Communauté européenne qui ont exprimé leur consentement à être liés par la Convention avant l'expiration d'une période de trois mois suivant l'ouverture à l'acceptation du présent Protocole.

3. Lorsqu'une telle objection a été notifiée, le Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle la Partie à la Convention qui a notifié l'objection aura déposé son instrument d'acceptation auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

4. Une Partie à la Convention peut, à tout moment, déclarer qu'elle appliquera ce dernier à titre provisoire.

Article 36

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Parties à la Convention et à la Communauté européenne:

- a) le dépôt de tout instrument d'acceptation;
- b) toute déclaration d'application provisoire du présent Protocole faite conformément à l'article 35, paragraphe 4;
- c) toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à l'article 35, paragraphes 1 à 3;
- d) tout autre acte, notification ou communication ayant trait au présent Protocole.

Fait à Strasbourg, le 9 septembre 1998, en français et en anglais, et ouvert à l'acceptation le 1^{er} octobre 1998. Les deux textes font également foi et seront déposés en un seul exemplaire dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, aux autres Parties à la Convention et à la Communauté européenne.

nach dem Tag in Kraft, an dem es zur Annahme vorgelegt wurde, es sei denn, eine Vertragspartei hat dem Generalsekretär des Europarats einen Einwand gegen das Inkrafttreten notifiziert. Das Recht, einen Einwand zu erheben, ist den Staaten oder der Europäischen Gemeinschaft vorbehalten, die innerhalb von drei Monaten nach Auflegung dieses Protokolls zur Annahme ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Wenn ein solcher Einwand notifiziert wurde, tritt das Protokoll am ersten Tag des Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragspartei, die den Einwand notifiziert hat, ihre Annahmeerkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat.

(4) Eine Vertragspartei kann jederzeit erklären, dass sie das Übereinkommen vorläufig anwendet.

Artikel 36

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens und der Europäischen Gemeinschaft:

- a) jede Hinterlegung einer Annahmeerkunde;
- b) jede Erklärung der vorläufigen Anwendung dieses Protokolls nach Artikel 35 Absatz 4;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 35 Absätze 1 bis 3;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Geschehen zu Straßburg am 9. September 1998, in englischer und französischer Sprache, und am 1. Oktober 1998 zur Annahme aufgelegt. Die beiden Fassungen sind gleichermaßen verbindlich und werden in einer Urschrift im Archiv des Europarats hinterlegt. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats, den anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens und der Europäischen Gemeinschaft beglaubigte Abschriften.

Denkschrift zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen

I. Allgemeines

Im Jahre 1989 sind nahezu parallel zwei Rechtsinstrumente verabschiedet worden, die auf die Vereinheitlichung des Rechts insbesondere für grenzüberschreitende Fernsehsendungen abzielten, um den Austausch von Fernsehprogrammen zu erleichtern. Im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde die sogenannte EG-Fernsehrichtlinie verabschiedet, deren Text nach den Beschlüssen des Europäischen Rates von Rhodos weitgehend an das im Europarat erarbeitete Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen (kurz Fernseh-Übereinkommen) angepasst worden war.

Beide Rechtsinstrumente enthielten damit zur Vermeidung sich widersprechender Rechtsstandards weitgehend deckungsgleiche Regelungen, auch wenn sie von ihrer grundsätzlichen Zielsetzung unterschiedliche Zwecke verfolgen: Die EG-Fernsehrichtlinie zielte ausweislich ihrer Erwägungsgründe und der Bezugnahme auf die Artikel 57 und 66 EG-V a.F. auf die Schaffung eines Binnenmarktes für die Verbreitung von Fernsehsendungen ab, die der Europäische Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung als Dienstleistungen betrachtet; das Übereinkommen schafft dagegen eine gemeinsame Rechtsbasis der Vertragsparteien für die grenzüberschreitende Verbreitung von Fernsehsendungen als Ausfluss des Medien-Menschenrechtes des Artikels 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (vgl. Artikel 4 des Übereinkommens).

Deutschland ist diesem Übereinkommen ebenso wie eine Reihe anderer Mitgliedstaaten der EG in der ersten Hälfte der 90er Jahre beigetreten (vgl. das Gesetz vom 27. Mai 1994, BGBl. 1994 II S. 638). Daneben zählen eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten des Europarates zu den Vertragsparteien, die nicht Mitglieder der EG sind.

Schon während der Verhandlungen über die Änderung der EG-Fernsehrichtlinie, die im Juni 1997 mit Verabschiedung der Richtlinie 97/36/EG ihren Abschluss fanden, kamen die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens in dessen Ständigem Ausschuss überein, die Änderungen der Richtlinie im Rahmen einer Änderung des Fernseh-Übereinkommens nachzuvollziehen, um auch künftig eine weitgehend parallele Entwicklung des europäischen Fernsehrechtes zu gewährleisten. Diese Änderung sollte auch dazu genutzt werden, noch bestehende Widersprüche zwischen beiden Rechtsinstrumenten soweit als möglich zu bereinigen. Dies betraf namentlich die Frage, welcher Staat nach dem jeweiligen Rechtsinstrument die Rechtshoheit über einen Fernsehveranstalter hat. Dem nationalen Recht dieses Staates muss das Programm des Fernsehveranstalters genügen, dieser Staat übt die Aufsicht über den Fernsehveranstalter aus und muss gegebenenfalls gegen Rechtsverstöße einschreiten. Auch in einigen anderen Fragen, insbesondere

zu den Bestimmungen über die Werbung, war eine völlige Angleichung beider Rechtsinstrumente in ihren im Jahre 1989 verabschiedeten Fassungen noch nicht gelungen.

Andererseits zeigten die Verhandlungen im Ständigen Ausschuss, dass eine wörtliche Parallelität beider Rechtsinstrumente zwar wünschenswert, in manchen Fällen aber nicht möglich war. Der grundlegend unterschiedliche Charakter beider Rechtsinstrumente – im einen Falle handelt es sich um einen an die Mitgliedstaaten gerichteten Rechtsakt des sekundären Gemeinschaftsrechts, im anderen um einen multilateralen völkerrechtlichen Vertrag – und ihre Einbettung in unterschiedliche Rechtskreise standen dem entgegen. Gleichwohl gelang es im September 1998, die Verhandlungen über das Änderungsprotokoll rund ein Jahr nach Verabschiedung der EG-Änderungsrichtlinie im Frühjahr 1998 zu beenden. Das Ministerkomitee des Europarates genehmigte dieses Änderungsprotokoll am 9. September 1998 und legte es mit Wirkung zum 1. Oktober 1998 zur Annahme auf.

Als wesentliche Änderungen gegenüber der Fassung des Jahres 1989 sind zu nennen:

- Das Fernseh-Übereinkommen passt sich mit seinen Regeln zur Bestimmung des Staates, der die Rechtshoheit über einen Fernsehveranstalter hat, weitestgehend an die geänderte Richtlinie an.
- Das Übereinkommen übernimmt die Trennung der Richtlinie zwischen Werbung und Teleshopping und berücksichtigt erstmals die sogenannten reinen Eigenwerbe- und Teleshopping-Programme. Auch im übrigen folgt das Übereinkommen den werberechtlichen Bestimmungen der geänderten Richtlinie.
- Das Übereinkommen führt, ähnlich wie die EG-Fernsehrichtlinie, eine Bestimmung für den grenzüberschreitenden Schutz bestimmter Ereignisse von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung gegenüber einer exklusiven Ausstrahlung im Pay-TV ein.
- Schließlich wurde das Übereinkommen um eine Regelung ergänzt für Fälle der rechtsmissbräuchlichen Wahl des Sitzes des Fernsehveranstalters in einem anderen Staat als in dem, auf das er ausschließlich oder überwiegend sein Programm ausrichtet.

Entgegen dem üblichen Verfahren, bei der Änderung eines multilateralen völkerrechtlichen Vertrages dessen Inkrafttreten von der ausdrücklichen Zustimmungserklärung aller Vertragsparteien abhängig zu machen, haben sich der Ständige Ausschuss und ihm folgend das Ministerkomitee für ein als „opting out-Verfahren“ bezeichnetes Verschweigefristverfahren entschieden. Zu den Einzelheiten dieses Verfahrens, mit dem ein längerer Zustand unterschiedlicher Regelungen im Anwendungsbereich des Übereinkommens und der EG-Fernsehrichtlinie vermieden werden soll, kann auf die Ausführungen zu Artikel 29 und zu Artikel 35 des Protokolles verwiesen werden.

Danach tritt das Änderungsprotokoll zum Fernseh-Übereinkommen nach einer Frist von 2 Jahren nach der Auflage zur Annahme in Kraft, sofern nicht eine Vertragspartei dem widerspricht. Dieses Verfahren wurde gewählt, um die Frist zwischen dem Inkrafttreten des geänderten Übereinkommens und dem Ablauf der Umsetzungsfrist für die Änderung der EG-Fernsehrichtlinie möglichst kurz zu halten. Diese Umsetzungsfrist ist am 30. Dezember 1998 abgelaufen. Da eine Reihe von Mitgliedstaaten der EG – Deutschland eingeschlossen – zugleich Vertragspartei des Übereinkommens ist, wollte man den Zeitraum, in dem diese gemeinschaftsrechtlich an Regeln gebunden sind, die nicht ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Übereinkommen entsprechen, möglichst kurz halten. Hätte man das Inkrafttreten von der formellen Annahme durch alle Vertragsparteien abhängig gemacht, hätte man mit einem Inkrafttreten des geänderten Übereinkommens erst nach einer Zeit von 3 bis 4 Jahren rechnen müssen.

II. Zu den Einzelvorschriften

Zu den Artikeln 1 und 2

Diese Regelungen betreffen lediglich sprachliche Korrekturen in den beiden verbindlichen Sprachfassungen des Übereinkommens.

Zu den Artikeln 3, 4, 5 und 6

Die Artikel 3 bis 6 passen die Definitionen in Artikel 2 des Übereinkommens inhaltlich und formell an die Parallelregelungen der EG-Fernsehrichtlinie an.

Artikel 3 des Protokollles gleicht die Definition des Rundfunkveranstalters an die Paralleldefinition in Artikel 1 Buchstabe b der Richtlinie an, indem nunmehr die redaktionelle Verantwortung als entscheidendes Kriterium hervorgehoben wird.

Die Artikel 4 und 5 des Protokollles gleichen den Begriff der Werbung im Sinne des Übereinkommens an den der geänderten Richtlinie an. Artikel 2 Buchstabe f des Übereinkommens ordnet daher ebenso wie Artikel 1 Buchstabe c der Richtlinie die „Eigenwerbung“ als neue Unterform der Werbung ein, während das Teleshopping, das bisher im Übereinkommen als Unterform der Werbung betrachtet wurde, nun durch die neue Definition in Artikel 2 Buchstabe g des Übereinkommens wie in Artikel 1 Buchstabe f der Richtlinie als selbständige Form der Absatzförderung betrachtet wird.

Artikel 6 enthält eine technische Folgeänderung.

Zu Artikel 7

Artikel 7 des Änderungsprotokollles enthält mit der Neufassung des Artikels 5 des Übereinkommens einen der wesentlichen Punkte der Angleichung des Übereinkommens an die EG-Fernsehrichtlinie.

Während das System der Richtlinie bereits in der Fassung von 1989 bei den Kriterien, nach denen festzustellen ist, welcher Staat die rundfunkrechtliche Aufsicht über einen Fernsehveranstalter ausübt, dem Sitzlandprinzip den Vorrang einräumte, bevorzugte das Übereinkommen zunächst die Priorität des Staates, von dem aus eine Satellitenaufwärtsverbindung geschaltet ist.

Durch die Neufassung des Artikels 5 passt sich das Übereinkommen an das Sitzlandprinzip der Richtlinie an und

übernimmt weitgehend auch die Kriterien zur Bestimmung des Sitzlandes, die die Revision der Richtlinie im Jahre 1997 in Artikel 2 FsRI n.F. eingeführt hat. Der Fernsehveranstalter unterliegt danach grundsätzlich der Rechtshoheit derjenigen Vertragspartei, in der er niedergelassen ist. Diese Niederlassung wird dort angenommen, wo er seinen tatsächlichen Sitz hat und wo die wesentlichen Entscheidungen zur Programmgestaltung getroffen werden. In Artikel 5 Abs. 3 Buchstabe a bis c sind eine Reihe von Kriterien festgelegt, nach denen in Zweifelsfällen die Frage der Niederlassung geklärt werden kann.

Da zumindest derzeit nicht alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugleich auch Vertragsparteien des Übereinkommens sind und zumindest auf absehbare Zeit nicht alle Vertragsparteien Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein werden, und da sowohl das Übereinkommen als auch die EG-Fernsehrichtlinie für die Feststellung der Rechtshoheit „Auffangtatbestände“ enthalten, kann auch eine weitestgehende Anpassung der Kriterien zur Feststellung der Rechtshoheit über einen Fernsehveranstalter in beiden Rechtsinstrumenten nicht davor schützen, dass in Einzelfällen der „verantwortliche“ Staat nach den Regeln der Richtlinie ein anderer Staat ist als nach den Regeln des Übereinkommens. Um hier Konflikte in der Frage der rundfunkaufsichtlichen Zuständigkeit zu vermeiden, wurde durch Artikel 5 Abs. 3 Buchstabe d n.F. eine Kollisionsklausel aufgenommen, für die es in der Richtlinie keine Parallele gibt: sofern ein Fernsehveranstalter in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft als niedergelassen gilt, ist diese Feststellung auch für den Anwendungsbereich des Übereinkommens verbindlich.

Zu Artikel 8

Artikel 8 des Änderungsprotokollles präzisiert das bisher schon in Artikel 8 des Übereinkommens enthaltene Recht auf Gegendarstellung, indem nunmehr klargestellt wird, dass sich der Anspruch auf Gegendarstellung allein gegen den redaktionell verantwortlichen Fernsehveranstalter richtet und dass die Vertragspartei, der die Gewährleistung dieses Rechtes obliegt, die sendende Vertragspartei i.S. des Artikels 5 des geänderten Übereinkommens ist.

Zu den Artikeln 9 und 10

Die Artikel 9 und 10 des Änderungsprotokollles sind das Ergebnis einer umfassenden Überarbeitung des Artikels 9 der Ursprungsfassung des Übereinkommens, der – im Gegensatz zur Fernsehrichtlinie – bereits einen Prüfauftrag zur Einführung rechtlicher Maßnahmen zum Schutze des Zugangs der Öffentlichkeit zu bedeutenden Ereignissen – wie etwa wichtigen Sportveranstaltungen – enthielt. In diese Überarbeitung floss auch die Diskussion um die Einführung nationaler „Schutzlisten“ ein, die in der geänderten Fernsehrichtlinie ihren Niederschlag in Artikel 3a der Richtlinie gefunden hat. Schließlich wurde auch berücksichtigt, dass die politische Diskussion im Europarat über Informationsrechte der Öffentlichkeit im Anschluss an die Verabschiedung des Fernsehübereinkommens im Jahre 1989 bereits im Jahre 1991 zur Verabschiedung einer Empfehlung des Ministerkomitees zum Recht auf Kurzberichterstattung über bedeutende Ereignisse (Empfehlung Nr. R (91) 5) geführt hat.

Die geänderte Fassung des Artikels 9 des Übereinkommens nimmt nunmehr dieses Recht auf Kurzberichterstattung ausdrücklich auf und geht über einen reinen Prüfauftrag insofern hinaus, als sie den Vertragsparteien nahe legt, entsprechende Regelungen in das nationale Recht zu übernehmen. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Länder bereits der Empfehlung des Europarates aus dem Jahre 1991 durch Einfügung einer entsprechenden Regelung in den Rundfunkstaatsvertrag gefolgt.

Artikel 9 n.F. bezieht sich nach seiner Überschrift ausdrücklich auf das Recht der Öffentlichkeit auf Informationen über Ereignisse von großem Interesse für die Öffentlichkeit. Diesem Informationsanspruch, der nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anlässlich der Überprüfung der oben angesprochenen staatsvertraglichen Regelung der Kurzberichterstattung im Grundsatz in Einklang steht mit der Grundrechtsordnung des Grundgesetzes, wird im Regelfalle durch eine auszugswise Berichterstattung durch aufgezeichnete Kurzberichte genügt. Die hier geforderte Möglichkeit einer Berichterstattung neben einer direkten oder zeitversetzten Exklusivberichterstattung durch einen Fernsehveranstalter – nicht ausschließlich, aber auch im verschlüsselten Fernsehen und namentlich im Pay-TV – ist daher systematisch grundsätzlich zu unterscheiden vom Schutz einer vollständigen oder doch zumindest teilweisen direkten oder zeitversetzten Übertragung bestimmter Ereignisse im frei zugänglichen Fernsehen nach Artikel 9a n.F. des Übereinkommens. Andererseits ist der Kreis der von Artikel 9 n.F. betroffenen Ereignisse deutlich größer als der Kreis der Ereignisse von gesellschaftlich erheblicher Bedeutung nach Artikel 9a n.F.

Die Überschriften beider Neuregelungen sind bewusst unterschiedlich formuliert worden. Während unter den Vertragsparteien Einigkeit darüber bestand, dass sich ein Recht der Öffentlichkeit auf Kurzberichterstattung nach Artikel 9 n.F. unter bestimmten Umständen auch aus Artikel 10 EMRK herleiten lässt, ließ sich kein Konsens darüber erzielen, ob sich auch die Regelung des Artikels 9a n.F. auf einen Rechtsanspruch der Öffentlichkeit zurückführen lässt. Einigkeit bestand lediglich in der politischen Zielsetzung, ein der gemeinschaftsrechtlichen Regelung des Artikels 3a der Fernsehrichtlinie vergleichbares Rechtsinstrument auch in das Übereinkommen aufzunehmen.

Bei diesem Bemühen galt es, den besonderen Eigenheiten des Übereinkommens im Vergleich zur Richtlinie Rechnung zu tragen. Dies betrifft zum einen die abschließliche Regelung des Rechtsregimes für grenzüberschreitendes Fernsehen durch das Übereinkommen. Zum anderen musste berücksichtigt werden, dass der Gemeinschaft in der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof Prüfinstanzen zur Verfügung stehen, für die es im Rechtsrahmen des Übereinkommens keine vergleichbaren Institutionen gibt.

Die letztlich verabschiedete Regelung des Artikels 9a des Übereinkommens konzentriert sich daher in ihrem Absatz 2 auf das sogenannte Verfahren der „gegenseitigen Anerkennung“ nationaler Rechtsinstrumente zum Schutze des Zugangs zu Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung. Im Gegensatz zu Artikel 3a der Richtlinie werden keine Vorgaben an das nationale Recht gegeben, soweit dies lediglich innerstaatlich wirken soll. Anforderungen an das nationale Recht sind statt dessen als Voraussetzung für das System der grenzüber-

schreitenden gegenseitigen Anerkennung formuliert, wie es Artikel 3a Abs. 2 der Richtlinie vorsieht.

Ähnlich wie Artikel 3a der Richtlinie geht Artikel 9a des Übereinkommens davon aus, dass die Vertragsparteien nationale Listen über Ereignisse von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung aufstellen können, deren direkte oder zeitversetzte vollständige oder zumindest teilweise Übertragung im frei zugänglichen Fernsehen sichergestellt werden soll.

Erfüllen diese Listen und die sie begleitenden Ausführungsbestimmungen die in Artikel 9a aufgestellten Kriterien, so haben die anderen Vertragsparteien dafür Sorge zu tragen, dass die jeweils ihrer Rechtshoheit unterliegenden Fernsehveranstalter durch ihr grenzüberschreitendes Sendeverhalten nicht derartige Regelungen unterlaufen.

Angesichts des bereits angesprochenen Fehlens von Parallelinstanzen zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Gerichtshof obliegt die Verantwortung zur Prüfung der in Artikel 9a Abs. 2 aufgestellten Vorgaben für das System der gegenseitigen Anerkennung dem Ständigen Ausschuss, der zudem dafür Sorge tragen soll, dass sich die Rechtsentwicklung zu diesem im grenzüberschreitenden Recht neuartigen Schutzinstrument nicht von der Rechtspraxis zu Artikel 3a der Fernsehrichtlinie entfernt.

Zu Artikel 11

Artikel 11 des Änderungsprotokoll passt Artikel 10 Abs.1 des Übereinkommens in Parallelität zu der Vergleichsregelung des Artikels 4 Abs. 1 der Fernsehrichtlinie an die ausdrückliche Trennung von Werbung und Teleshopping in beiden Rechtsinstrumenten an. Teleshopping wird nun ausdrücklich als Sendeform hervorgehoben, die nicht zur Errechnung der sogenannten „quotenrelevanten Sendezeit“ heranzuziehen ist.

Eine weitergehende, insbesondere den Charakter von Artikel 10 Abs. 1 als politische Zielvorstellung abwandeln- de Änderung ist nicht beabsichtigt, was auch durch die unveränderte Fassung des Artikels 10 Abs. 2 des Übereinkommens zum Ausdruck kommt.

Zu Artikel 12

Artikel 12 vollzieht im Rahmen von Artikel 10 Abs. 4 des Übereinkommens die gewandelte Einschätzung der Nützlichkeit eines mehr oder weniger festen Systems für die sogenannte „Verwertungshierarchie“ nach, die im Rahmen der Revision der Fernsehrichtlinie bereits zu einer umfassenden Änderung des Artikels 7 der Richtlinie geführt hatte. Die Regelung beschränkt sich nun darauf, dass die Vertragsparteien für Rechtsbehelfe zur Durchsetzung vertraglicher Sendefristvereinbarungen Sorge tragen.

Zu Artikel 13

Nach Artikel 10 des Übereinkommens wird ein neuer Artikel 10a eingefügt. Dieser trägt den politischen Arbeiten des Europarates Rechnung, die auf eine Sicherung namentlich der grenzüberschreitenden Medienvielfalt abzielen. Diese politische Zielvorgabe war in der Ursprungsfassung des Übereinkommens in Artikel 10 Abs. 4 in Zusammenhang mit der sogenannten „Abspielhierarchie“ angesprochen worden. Der systematische Anknüpfungs-

punkt dafür ist allerdings durch die Änderung des Artikels 10 Abs. 4 entfallen. Die Vertragsparteien sind daher übereingekommen, diesen Gedanken in einer eigenständigen Regelung aufzugreifen, um nicht den Eindruck zu erwecken, im Rahmen der Revision des Übereinkommens sei das allgemeine Ziel der Sicherung der Medienvielfalt in Europa verworfen worden.

Angesichts der komplexen, in diesem Zusammenhang bereits von mehreren Arbeitsgruppen des Europarates erörterten Fragestellungen hat man sich allerdings darauf verständigt, es in dieser Neuregelung bei einer Aufforderung zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu belassen, die gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt weiter ausgefüllt werden kann.

Zu Artikel 14

Artikel 14 passt die Bezeichnung des 3. Kapitels an die getrennte Behandlung von Werbung und Teleshopping an.

Zu Artikel 15

Artikel 15 des Übereinkommens vollzieht die Trennung von Werbung und Teleshopping im Rahmen des Artikels 11 des Übereinkommens nach, ohne die darin zusammengefassten Grundsätze für verkaufsfördernde Maßnahmen im übrigen zu ändern.

Zu Artikel 16

Artikel 16 überträgt die Trennung von Werbung und Teleshopping in das System der zulässigen zeitlichen Höchstgrenzen der verkaufsfördernden Sendeformen am Programm in Artikel 12 des Übereinkommens.

Wie Artikel 18 Abs. 3 der Richtlinien nimmt der geänderte Artikel 12 Abs. 3 drei Unterformen der Werbung von diesen Zeitberechnungen aus: Hinweise auf Begleitmaterialien (wie etwa Begleitbücher von Dokumentar oder Bildungssendungen), Programmhinweise sowie kostenlose Hinweise im öffentlichen Interesse und Wohltätigkeitsaufrufe.

Zu Artikel 17

Die Regeln über Form und Aufmachung von Werbung und Teleshopping, insbesondere das Verbot von unterschwelliger Werbung und von Schleichwerbung, werden durch Artikel 17 des Änderungsprotokolles an die formelle Trennung von Werbung und Teleshopping angepasst, ohne dass eine weitergehende Änderung bezweckt ist.

Zu Artikel 18

Durch Artikel 18 wird Artikel 14 des Übereinkommens an die Trennung von Werbung und Teleshopping im Rahmen des geänderten Übereinkommens angepasst. Darüber hinaus wird die Regelung in einigen Punkten präzisiert, um sie an die Parallelregelung in Artikel 11 der Richtlinie anzupassen. So ist beispielsweise nunmehr klargestellt, dass Sendungen nur durch Werbe- und Teleshopping-Spots unterbrochen werden dürfen. Auch bei den Berechnungsgrundsätzen für die Anzahl zulässiger Werbe- bzw. Teleshopping-Unterbrechungen folgt das Übereinkommen nun den Regelungen der Richtlinie.

Zu den Artikeln 19, 20 und 21

Durch die Artikel 19, 20 und 21 des Änderungsprotokolles wird Artikel 15 des Übereinkommens an die grundsätz-

liche Trennung von Werbung und Teleshopping angepasst; zugleich werden weitgehend die Rechtsänderungen in den Artikeln 13 bis 15 der Fernsehrichtlinie nachvollzogen.

Artikel 19 stellt das Verbot von Werbung und Teleshopping von Tabakerzeugnissen in Artikel 15 Abs. 1 klar.

Artikel 20 betrifft lediglich die französische Sprachfassung zu Artikel 15 Abs. 2 Buchstabe b bis e des Übereinkommens.

Artikel 21 fügt schließlich in Parallele zu Artikel 14 der Richtlinie einen neuen Absatz 5 in Artikel 15 ein, der Teleshopping von Medikamenten und medizinischen Behandlungen grundsätzlich untersagt.

Zu Artikel 22

Artikel 22 des Änderungsprotokolles passt Artikel 16 des Übereinkommens an die grundsätzliche Trennung zwischen Werbung und Teleshopping an.

Auf eine völlige Streichung von Artikel 16 zugunsten der neu eingefügten Missbrauchsregel des Artikels 24a des Übereinkommens wurde dagegen bewusst verzichtet.

Zu den Artikeln 23, 24 und 25

Artikel 23 des Änderungsprotokolles passt Artikel 18 Abs. 1 des Übereinkommens an die Trennung von Werbung und Teleshopping an. Danach ist das Sponsern von Sendungen denjenigen Unternehmen untersagt, deren Haupttätigkeit die Herstellung oder der Verkauf von Erzeugnissen oder die Erbringung von Dienstleistungen ist, für die Werbung oder Teleshopping nach Artikel 15 des Übereinkommens untersagt sind.

Diese im Grundsatz schon in der Fassung des Übereinkommens von 1989 enthaltene Regel hatte insbesondere mit Blick auf pharmazeutische Unternehmen und das Verbot der Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente zu Schwierigkeiten in der Rechtspraxis geführt, da angesichts der zum Teil sehr komplizierten Unternehmensstrukturen in der chemischen Industrie oftmals nicht abgrenzbar war, ob die „Haupttätigkeit“ eines Unternehmens oder einer Unternehmensgruppe die Herstellung verschreibungspflichtiger Medikamente ist. Ähnlich wie in der EG-Fernsehrichtlinie wurde daher in Artikel 18 nun ein neuer Absatz 2 eingefügt, der derartigen Unternehmen nun das Sponsern grundsätzlich erlaubt, dies allerdings auf Sponsoringformen zugunsten des Namens oder des Erscheinungsbildes des Unternehmens beschränkt und ein Sponsoring in Zusammenhang mit spezifischen Medikamenten oder medizinischen Behandlungen untersagt.

Artikel 25 enthält eine technische Folgeänderung zu Artikel 24, der bisherige Artikel 18 Abs. 2 wird Absatz 3.

Zu Artikel 26

Durch Artikel 26 wird ein neues Kapitel 4a in das Übereinkommen eingefügt, das sich den ausschließlich für Eigenwerbung oder für Teleshopping vorgesehenen Programmen widmet und die neuen Artikel 18a und 18b enthält.

In Entsprechung zu den Artikeln 19 und 19a der revidierten Fassung EG-Fernsehrichtlinie erklären Artikel 18a Abs. 1 und Artikel 18b Abs. 1 die Regelungen des Übereinkommens für sinngemäß anwendbar auf reine Eigenwerbe- und reine Teleshopping-Programme. Dies betrifft namentlich die Inhalts- und Modalitätsvorgaben des

Übereinkommens für Werbung und Teleshopping, aber auch die Jugendschutzbestimmung des Artikels 7 Abs. 1 und 2. Es folgt dagegen aus der Natur dieser Programme, dass Bestimmungen, die sich auf andere Programmformen als Werbung und Teleshopping beziehen, für diese Programme keine Rolle spielen.

Durch Artikel 18a Abs. 2 und Artikel 18b Abs. 2 werden in bestimmtem Umfang die Werbehöchstdauerbestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens ausdrücklich für anwendbar erklärt. Diese Regelungen sollen verhindern, dass sich reine Eigenwerbeprogramme bzw. reine Teleshopping-Programme in größerem Maße als herkömmliche Fernsehprogramme über Werbung und Teleshopping Dritter refinanzieren können.

Zu Artikel 27

Die in Artikel 27 des Änderungsprotokoll vorgesehenen Änderungen von Artikel 20 Abs. 4 und 7 des Übereinkommens bereinigt die Anforderungen an die Mehrheitsverhältnisse bei Entscheidungen des Ständigen Ausschusses. Fortan gilt mit zwei Ausnahmen für alle Entscheidungen des Ausschusses das Erfordernis einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Ausschusses, der nach Artikel 20 Abs. 6 beschlussfähig ist, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien auf der Sitzung vertreten ist.

Das deutlich strengere Quorum der Dreiviertelmehrheit der Mitglieder des Ausschusses wird nur noch gefordert in den Fällen der Festlegung von Richtlinien für die Anwendung des Artikels 9a Abs. 3 und denen eines Änderungsvorschlages nach Artikel 23 Abs. 3 des Übereinkommens. Für die bisherige Rechtspraxis haben diese Bestimmungen wenig Bedeutung gehabt, da der Ständige Ausschuss nahezu durchweg nach dem Konsensprinzip arbeitet. So sind bisher fast alle Entscheidungen des Ausschusses, auch die über die Verabschiedung des Änderungsprotokoll, einstimmig bzw. in wenigen Fällen ohne Gegenstimme getroffen worden.

Zu Artikel 28

Artikel 21 des Übereinkommens, der die Aufgaben des Ständigen Ausschusses aufzählt, wird durch Artikel 28 des Änderungsprotokoll um die Bestimmungen ergänzt, die sich namentlich aus der Ergänzung des Übereinkommens um die neuen Artikel 9a und 24a ergeben.

Die bisherige Aufzählung der Aufgaben in Artikel 21 wird nun in Artikel 21 Abs. 1, der um einen neuen Buchstaben f hinsichtlich der Stellungnahmen des Ausschusses in Fällen einer Meinungsverschiedenheit zwischen Vertragsparteien über einen Rechtsmißbrauch nach Artikel 24a Abs. 2 Buchstabe c ergänzt wird, erweitert.

In dem neu angefügten Absatz 2 sind die neuen Aufgaben des Ständigen Ausschusses im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Schutz von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung nach Artikel 9a des Übereinkommens zusammengefasst.

Zu Artikel 29

Artikel 23 des Übereinkommens, der das Verfahren zur Änderung des Übereinkommens betrifft, wird nach den Erfahrungen der ersten Revision des Übereinkommens durch Artikel 29 des Änderungsprotokoll im wesentlichen dadurch ergänzt, dass ein Verschweigefristverfah-

ren als eigenständige Regelform des Inkrafttretens neben die völkerrechtlich übliche Form der ausdrücklichen Annahme durch alle Vertragsparteien tritt.

Die Vertragsparteien haben sich zu diesem von der Regel, dass alle Vertragsparteien einer Änderung ausdrücklich zustimmen, abweichenden Alternativverfahren im konkreten Falle des Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen entschlossen, nachdem die möglichen Nachteile eines weniger schnellen Verfahrens im Zusammenhang mit der Revision der EG-Fernsehrichtlinie offenbar geworden waren:

- Eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind zugleich Vertragsparteien des Übereinkommens und unterliegen insofern einer doppelten Bindung an Übereinkommen und Richtlinie.
- Die Richtlinie wird in regelmäßigen Abständen durch die Kommission und den Rat überprüft, so dass auch in Zukunft Änderungen der Richtlinie im Abstand weniger Jahre nicht ausgeschlossen werden können.
- Die Anpassung des Übereinkommens an eine solche Änderung der Richtlinie wäre ein sehr schwerfälliges Verfahren, wenn sie angesichts des anwachsenden Kreises von Vertragsparteien immer an die ausdrückliche Zustimmung aller Vertragsparteien gebunden würde, zumal die bisherigen Erfahrungen für diesen Fall ein „Auseinanderfallen“ der beiden Rechtsinstrumente für einen Zeitraum von mehr als 3 oder 4 Jahren erwarten lassen.

Die Einführung dieses Verschweigefristverfahrens lässt innerstaatliche Vorgaben über das Eingehen rechtsverbindlicher völkerrechtlicher Verpflichtungen unberührt. Angesichts der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zu dem Übereinkommen in seiner im Jahre 1989 aufgelegten Ursprungsfassung kommt für die Bundesrepublik Deutschland auch künftig der Beitritt zu einer Änderung des Übereinkommens nur auf der Basis eines Zustimmungsgesetzes in Betracht.

Zu Artikel 30

Durch Artikel 30 des Änderungsprotokoll wird ein neuer Artikel 24a eingefügt, der das Verfahren im Falle einer rechtsmissbräuchlichen Ausnutzung der durch das Übereinkommen gewährten Rechte regelt. Diese Ergänzung des Übereinkommens ist das Ergebnis einer umfassenden Diskussion sowohl im Rahmen der Revisionen der Fernsehrichtlinie als auch des Fernsehübereinkommens zum Problem der sogenannten „Delokalisation“.

Unter Delokalisation versteht man die bewusste Wahl des Sitzes eines Fernsehveranstalters in einem Staat, der nicht dem Empfangsgebiet seiner Sendungen entspricht, mit dem Ziel, sich den im Empfangsgebiet seiner Sendungen geltenden Normen des Rundfunkrechts zu entziehen. Dies ist möglich, weil das Übereinkommen das Rundfunkrecht der Vertragsparteien nur in Teilbereichen harmonisiert und weil es nur Mindeststandards festschreibt, es den Parteien aber belässt, die ihrer Rechtshoheit liegenden Fernsehveranstalter an strengere Regelungen zu binden (vgl. Artikel 28 des Übereinkommens).

Das Übereinkommen enthielt in seiner 1989 verabschiedeten Fassung eine Regelung zu diesem Problemkreis lediglich in Artikel 16 für das Werberecht, ließ diese Frage im übrigen aber ungeregelt.

Das große politische Interesse einiger Vertragsparteien machte die Einfügung einer besonderen Regelung für die-

sen Fragenkreis im Übereinkommen erforderlich, da anders als in der EG-Fernsehrichtlinie eine schlichte Verweisung auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes nicht in Betracht kam, der in derartigen Fällen das Recht des empfangenden Staates anerkannt hat, die Sendungen des Fernsehveranstalters an seinen rundfunkrechtlichen Normen zu messen.

Die Diskussionen im Ständigen Ausschuss führten zu folgenden Ergebnissen:

- Grundsätzlich geht das Übereinkommen vor dem Hintergrund der in Artikel 10 EMRK gewährleisteten Rundfunkfreiheit von der Zulässigkeit grenzüberschreitender Fernsehsendungen auch in den Fällen aus, in denen der Fernsehveranstalter sein Programm ausschließlich oder überwiegend auf das Gebiet einer anderen Vertragspartei richtet, in der er nicht seinen Sitz hat.
- Eine solche Wahl des Sitzes kann ausnahmsweise rechtsmissbräuchlich sein, wenn sie mit der Absicht erfolgt, sich rundfunkrechtlichen Regelungen im Empfangsland zu entziehen. Artikel 24a Abs. 1 schränkt dies allerdings auf die von dem Übereinkommen erfassten Bereiche des Rundfunkrechts ein; die Behauptung einer rechtsmissbräuchlichen Wahl des Sitzes mit der Begründung, der Veranstalter wolle sich etwa arbeits- oder steuerrechtlichen Regelungen des Empfangsstaates entziehen, scheidet damit grundsätzlich aus.
- Grundsätzlich sind in Artikel 24a Abs. 2 zunächst sendende und empfangende Vertragspartei dazu aufgerufen, sich über die geeigneten Maßnahmen gegen den Rechtsmissbrauch zu einigen; gelingt ihnen das nicht, können sie den Ständigen Ausschuss anrufen.
- Die sendende Vertragspartei ist nach einer Entscheidung des Ständigen Ausschusses, die die Behauptung eines Rechtsmissbrauches bestätigt, verpflichtet, geeignete Maßnahmen gegen diesen Missbrauch zu ergreifen; kommt sie dieser Pflicht nicht nach, so wird nach Artikel 24a Abs. 4 des Übereinkommens ein Schiedsverfahren eröffnet, ohne dass es dazu einer auf den Einzelfall bezogenen Unterwerfungserklärung der Parteien nach Artikel 26 Abs. 1 oder einer generellen Unterwerfungserklärung nach Artikel 26 Abs. 2 des Übereinkommens bedürfte.
- Vor Abschluss des Schiedsverfahrens sind Maßnahmen der empfangenden Vertragspartei gegen das Programm grundsätzlich nicht zulässig (vgl. Artikel 24a Abs. 5).

Die Regelung des Artikels 24a erweist sich damit insgesamt als gelungener Kompromiss zwischen den Vertragsparteien, die eine Generalklausel zu den Fragen der Delokalisation im Übereinkommen gefordert haben, und denjenigen, die im Interesse der grenzüberschreitenden Verbreitungsfreiheit von Rundfunkprogrammen und der möglichst uneingeschränkten Geltung des Sendestaatsprinzips frühzeitige Maßnahmen der empfangenden Partei gegen ein Programm verhindern wollten, das nicht ihren nationalen Rechtsvorschriften entspricht.

Im Ständigen Ausschuss konnte Konsens darüber erzielt werden, dass Artikel 16 des Übereinkommens als werberechtliche Spezialregelung neben Artikel 24a weiter bestehen bleibt. Der Ausschuss hat sich beim Entwurf des Artikels 24a allerdings bewusst dagegen entschieden, dem Vorbild des Artikels 16 zu folgen und für das Programm des „delokalisierten“ Fernsehveranstalters die

Rechtsstandards der empfangenden Partei für verbindlich zu erklären. Die sendende Vertragspartei ist vielmehr frei, ihrerseits die geeigneten Maßnahmen gegen den Missbrauch festzulegen.

Zu Artikel 31

Die Neuregelung des Artikels 28 des Übereinkommens ist eher technischer Natur, indem nunmehr an den Begriff des Rundfunkveranstalters in Artikel 2 des Übereinkommens angeknüpft wird und auf die Festlegung der Rechtshoheit in der Neuregelung des Artikels 5 des Übereinkommens Bezug genommen wird.

Zu Artikel 32

Die in Artikel 32 des Änderungsprotokolles vorgesehene Änderung von Artikel 32 Abs. 1 des Übereinkommens beschränkt sich auf die Streichung eines in der 1989 verabschiedeten Fassung vorgesehenen Vorbehaltsrechts zugunsten des Vereinigten Königreiches. Dieses hatte sich in der Ursprungsfassung des Übereinkommens ausbedungen, hinsichtlich bestimmter terrestrisch verbreiteter Sendungen nicht an das Tabakverbot des Artikels 15 Abs. 1 des Übereinkommens gebunden zu sein.

Zu Artikel 33

Artikel 33 enthält eine lediglich formal erforderliche Angleichung des Textes des Übereinkommens, durch die in den von der Revision unberührt gebliebenen Regelungen der Begriff der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ durch den Begriff der „Europäischen Gemeinschaft“ ersetzt wird.

Zu Artikel 34

Artikel 34 des Änderungsprotokolles enthält die vertragsrechtlichen Bestimmungen, dass das Änderungsprotokoll zur Annahme aufgelegt wird und dass gegen die Bestimmungen dieses Protokolles keine Vorbehalte zulässig sind.

Zu Artikel 35

Artikel 35 des Änderungsprotokolles enthält die Regelungen für sein Inkrafttreten. Grundsätzlich ist das übliche Verfahren vorgesehen, wonach die Änderungen des Übereinkommens dann in Kraft treten, wenn alle Vertragsparteien eine entsprechende Annahmeerklärung beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt haben (Artikel 35 Abs. 1). Dies entspricht dem bisher in Artikel 23 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren.

Die Vertragsparteien haben sich bei Ausarbeitung des Änderungsprotokolles im Ständigen Ausschuss des Übereinkommens angesichts des Ablaufens der Umsetzungsfrist für die EG-Fernsehrichtlinie zum Jahresende 1998 allerdings darauf verständigt, das bisher im Übereinkommen vorgesehene Änderungsverfahren schon für die jetzt anstehende Änderung um ein Verschweigefristverfahren zu ergänzen, um eine Verzögerung des Inkrafttretens des Änderungsprotokolles und damit einen längeren Zeitraum der Geltung unterschiedlicher Rechtsstandards in Europa nach Möglichkeit zu vermeiden.

Das Protokoll tritt nach Artikel 35 Abs.1 des Protokolles ohne weitere Erklärungen der Parteien nach 2 Jahren in Kraft, falls nicht eine Partei die Option wahrnimmt, dieses

automatische Verfahren durch einseitige Erklärung zu unterbrechen. Dies ist möglich durch Notifizierung eines Einwandes beim Generalsekretär des Europarates.

Da während dieser Frist mit dem Beitritt weiterer Vertragsparteien zu dem seit 1989 zur Annahme aufliegenden Übereinkommen zu rechnen ist, wird das Recht eines solchen Einwandes auf die Parteien beschränkt, die dem Übereinkommen spätestens drei Monate nach der Auflage zur Annahme beigetreten sind.

Dieses Inkrafttreten durch ausdrückliche Annahmeerklärung durch alle Vertragsparteien nach Artikel 35 Abs. 1 kommt daher nur dann in Betracht, wenn alle Vertragsparteien vor Ablauf der 2-Jahres-Frist ihre Annahmeerkunden hinterlegt haben sollten. Dies ist aber wegen des zum Teil langwierigen Gesetzgebungsverfahrens in einigen Vertragsparteien, namentlich wenn ein Gesetzesreferendum in Betracht kommt, wenig wahrscheinlich.

Liegen dagegen zwei Jahre nach Auflage des Änderungsprotokoll zur Annahme durch das Ministerkomitee des Europarates nicht alle Annahmeerklärungen vor, hat aber eine Vertragspartei nach Absatz 2 einen Einwand erhoben, so ist das Inkrafttreten des Änderungsprotokoll bis zum 1. Tag des Monats gehemmt, der auf die Hinterlegung der Annahmeerkunde durch diese Partei folgt (Artikel 35 Abs. 3).

Auf dieses Verfahren haben sich die im Ständigen Ausschuss vertretenen Parteien verständigt, um allen Beteiligten ein ihrer nationalen Rechtslage entsprechendes Beitrittsverfahren zu ermöglichen. Einigkeit bestand darüber, dass entsprechend den Vorgaben des nationalen Verfassungsrechtes in einigen Parteien (z.B. Deutschland, Österreich, Frankreich) ein Beitritt dieser Parteien nur auf der Basis eines förmlichen Zustimmungsgesetzes möglich sein würde. Dem sollte durch die Wahl einer Verschweigefrist von 2 Jahren entsprochen werden in der Annahme, dass diese Frist es diesen Parteien ermög-

lichen werde, das erforderliche innerstaatliche Zustimmungsverfahren ganz oder nahezu vollständig abzuschließen. Andererseits erschien diese Frist mit Blick auf den Ablauf der Umsetzungsfrist der EG-Fernsehrichtlinie gerade noch hinnehmbar.

Den Vertretern der Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss war bewusst, dass diese Abweichung von dem bisher im Übereinkommen vorgesehenen Änderungsverfahren selbst als eigenständige Vertragsänderung zu betrachten ist, die nach den allgemeinen Regeln des Völkervertragsrechts der Annahme durch alle Vertragsparteien bedarf. Man hat sich im Ständigen Ausschuss daher darauf verständigt, dass jede Vertragspartei in eigener Verantwortung prüft, in welcher Form sie ihren Bindungswillen mit Blick auf dieses abweichende Verfahren zum Ausdruck bringt. Dabei bestand Einigkeit darüber, dass eine derartige rechtliche Bindung mit Blick auf die Vertragsabweichung von Artikel 23 a.F. des Übereinkommens außer im Falle einer ausdrücklichen Zustimmungserklärung (wie sie einige Parteien, darunter Deutschland, für erforderlich halten) jedenfalls nicht vor Ablauf der Verschweigefrist in Betracht kommen kann.

In Anlehnung an Artikel 29 Abs. 2 des Übereinkommens enthält Artikel 35 Abs. 4 eine Klausel zur vorläufigen Anwendbarkeit des Übereinkommens auf der Basis einer entsprechenden Erklärung einer Partei.

Eine solche Erklärung zur vorläufigen Anwendbarkeit kommt angesichts des Erfordernisses eines Zustimmungsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Betracht.

Zu Artikel 36

Artikel 36 enthält die im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Protokolls erforderlichen Bestimmungen zur Notifikation von Erklärungen durch den Generalsekretär des Europarates.